

**No. 42125**

---

**Germany  
and  
Austria**

**Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria concerning cross-border cooperation on danger prevention by police and in criminal law matters. Berlin, 10 November 2003 and 19 December 2003**

**Entry into force:** *1 December 2005 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 38*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 1 December 2005*

---

**Allemagne  
et  
Autriche**

**Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche relatif à la coopération transfrontalière aux fins du maintien par la police de la sécurité publique et en matière de droit pénal. Berlin, 10 novembre 2003 et 19 décembre 2003**

**Entrée en vigueur :** *1er décembre 2005 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 38*

**Texte authentique :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 1er décembre 2005*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Vertrag**  
**zwischen**  
**der Bundesrepublik Deutschland**  
**und**  
**der Republik Österreich**  
**über**  
**die grenzüberschreitende Zusammenarbeit**  
**zur polizeilichen Gefahrenabwehr**  
**und in strafrechtlichen Angelegenheiten**

**Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Österreich -**

**im Bestreben, durch partnerschaftliche Zusammenarbeit der internationalen Kriminalität sowie grenzüberschreitenden Gefahren wirksamer zu begegnen,**

**in Ergänzung**

- **des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (im Folgenden als "SDÜ" bezeichnet) sowie des darauf aufbauenden, in die Europäische Union überführten Schengener Besitzstandes,**
- **des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen,**
- **des Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen,**
- **des Abkommens vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen -**

**sind wie folgt übereingekommen:**

## **Teil I**

### **Vertragsgegenstand, Verhältnis zu sonstigen Regelungen, Behörden**

#### **Artikel 1**

##### **Vertragsgegenstand**

Die Vertragsstaaten verstärken die Zusammenarbeit bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten, sowie bei der Verfolgung von Straftaten.

#### **Artikel 2**

##### **Verhältnis zu sonstigen Regelungen**

(1) Soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, erfolgt die Zusammenarbeit im Rahmen des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten sowie der internationalen Verpflichtungen der Vertragsstaaten.

(2) Die innerstaatlichen Unterrichtungspflichten gegenüber der jeweiligen nationalen polizeilichen Zentralstelle sowie das Verfahren der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), bleiben von diesem Vertrag unberührt.

#### **Artikel 3**

##### **Behörden, Grenzgebiete**

(1) Behörden im Sinne dieses Vertrages sind

auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland

- die Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder (im Folgenden: Polizeibehörden) sowie
- die Staatsanwaltschaften und Gerichte (im Folgenden: Justizbehörden),

**auf Seiten der Republik Österreich**

- **der Bundesminister für Inneres, die Sicherheitsdirektionen, die Bundespolizeidirektionen und außerhalb des Wirkungsbereiches der Bundespolizeidirektionen die Bezirksverwaltungsbehörden (im Folgenden: Polizeibehörden) sowie**
- **der Bundesminister für Justiz, die Staatsanwaltschaften und Gerichte (im Folgenden: Justizbehörden).**

**(2) Grenzgebiete im Sinne dieses Abkommens sind**

**in der Bundesrepublik Deutschland**

- **in Baden-Württemberg die Regierungsbezirke Freiburg, Stuttgart und Tübingen,**
- **in Bayern die Regierungsbezirke Schwaben, Oberbayern und Niederbayern,**

**in der Republik Österreich**

- **die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich.**

**Als Grenzgebiet gilt auch ein Eisenbahnzug auf dem Streckenabschnitt von der Staatsgrenze bis zum ersten fahrplanmäßigen Anhaltebahnhof. Entsprechendes gilt für Tagesausflugsschiffe bis zur nächsten Anlegestelle.**

**(3) Die Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweilige innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über Änderungen in der Bezeichnung der Behörden.**

**Teil II**  
**Allgemeine Formen der Zusammenarbeit**

**Artikel 4**  
**Allgemeine Kooperationsmaßnahmen**

Die Behörden der Vertragsstaaten ergreifen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten alle zur Verstärkung ihrer Zusammenarbeit geeigneten Maßnahmen. Insbesondere sorgen die Behörden für

1. eine Intensivierung des Informationsaustausches und der Kommunikationsstrukturen, indem sie
  - einander Informationen über Sachverhalte, Täterverbindungen und typisches Täterverhalten ohne Angaben personenbezogener Daten mitteilen,
  - zum Zwecke der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung einander direkt auch über bevorstehende polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen ohne Angaben personenbezogener Daten möglichst so rechtzeitig unterrichten, dass die erforderlichen Maßnahmen zeitgerecht getroffen werden können,
  - sich gegenseitig bedeutsame Informationen, mit Ausnahme personenbezogener Daten, für die Einsatzplanung im täglichen Dienst und für besondere Anlässe mitteilen und dazu vorsorglich auch Erkenntnisse über Ereignisse übermitteln, deren Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaates übergreifen können,
  - gemeinsame Verzeichnisse mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten erstellen und diese jeweils aktualisieren,
  - bis zur Umstellung auf europäisch einheitliche Ausstattungen und Frequenzen Funkverbindungen auch durch Austausch von Geräten halten und zur Verbesserung der Telekommunikationsmöglichkeiten, insbesondere des Funkverkehrs entlang der Grenze, gemeinsam Vorschläge für eine kostengünstige Realisierung erarbeiten;
2. eine Intensivierung der Kooperation bei Einsätzen und Ermittlungen zur Verfolgung von Straftaten sowie zur Gefahrenabwehr, indem sie

- die Kräfte in den gegenüberliegenden Grenzgebieten möglichst nach abgestimmter Planung einsetzen,
- bei Bedarf gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen bilden,
- bei Bedarf gemeinsame Einsatzgruppen nach Maßgabe des Artikels 19 bilden,
- bei Bedarf gemeinsame Ermittlungsgruppen nach Maßgabe des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen bilden,
- bei Bedarf gemeinsame Programme zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten planen und durchführen,
- regelmäßig und bei Bedarf Besprechungen durchführen, um die Qualität der Zusammenarbeit zu überprüfen, neue Strategien zu erörtern, Einsatz-, Fahndungs- und Streifenpläne abzustimmen, statistische Daten auszutauschen und Arbeitsprogramme zu koordinieren,
- sich nach Absprache der zuständigen Stellen gegenseitig Hospitationen ermöglichen,
- Vertreter des anderen Vertragsstaates zur Teilnahme an besonderen Einsätzen als Beobachter einladen.

#### Artikel 5

##### Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung stellen die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten einander nach Absprache Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung, schaffen die Möglichkeiten zur Teilnahme von Bediensteten des jeweils anderen Vertragsstaates an solchen Veranstaltungen, erarbeiten gemeinsame Programme für die Fortbildung und führen gemeinsame grenzüberschreitende Seminare und Übungen durch.

## **Artikel 6**

### **Unterstellung von Beamten der Polizeibehörden**

(1) Bei dringendem Bedarf können zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verfolgung von Straftaten Beamte der Polizeibehörden des einen Vertragsstaates den zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaates ausnahmsweise zur Wahrnehmung polizeilicher Vollzungsaufgaben einschließlich hoheitlicher Befugnisse unterstellt werden.

(2) Die Unterstellung setzt voraus, dass zwischen den zuständigen Stellen beider Vertragsstaaten Einvernehmen hergestellt wird.

(3) Bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung liegt ein dringender Bedarf im Sinne von Absatz 1 insbesondere vor, wenn der Erfolg einer erforderlichen polizeilichen Maßnahme ohne einen Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 vereitelt oder ernsthaft gefährdet würde, bei der Verfolgung von Straftaten, wenn ohne den Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 die Ermittlungen aussichtslos oder wesentlich erschwert wären.

(4) Die nach Absatz 1 unterstellten Beamten dürfen nur unter der Leitung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des anderen Vertragsstaates hoheitlich tätig werden. Sie sind dabei an das Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Das Handeln der unterstellten Beamten ist dem Vertragsstaat zuzurechnen, dem sie unterstellt worden sind.

## **Artikel 7**

### **Zusammenarbeit auf Ersuchen**

(1) Die Behörden der Vertragsstaaten leisten einander im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten auf Ersuchen Hilfe.

(2) Die Polizeibehörden leisten einander nach Maßgabe des Artikels 39 Absatz 1 Satz 1 SDÜ Hilfe insbesondere durch:

- Eigentümer- und Halterfeststellungen sowie Fahrer- und Führerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,
- Auskünfte zu Führerscheinen, Schifferpatenten und vergleichbaren Berechtigungen,



- Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
- Feststellungen zu Aufenthaltstiteln,
- Feststellung von Telefonanschlussinhabern und Inhabern sonstiger Telekommunikationseinrichtungen,
- Identitätsfeststellungen,
- Ermittlungen zur Herkunft von Sachen, beispielsweise bei Waffen, Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen (Verkaufswegeanfragen),
- polizeiliche Erkenntnisse aus Datensammlungen und polizeilichen Unterlagen sowie Auskünfte aus öffentlich zugänglichen behördlichen Datensammlungen,
- Rauschgift-, Waffen- und Sprengstoffsofortmeldungen sowie Meldungen von Geld- und Wertzeichenfälschungen,
- Informationen zur praktischen Durchführung grenzüberschreitender Observationsmaßnahmen, grenzüberschreitender Nacheile und kontrollierter Lieferungen,
- Feststellung der Aussagebereitschaft einer Auskunftsperson,
- polizeiliche Befragungen und Vernehmungen,
- Spurenabklärungen und
- Abstimmung und Einleitung erster Fahndungsmaßnahmen.

(3) Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens unzuständig, leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter. Dies gilt auch dann, wenn die zuständige Behörde eine Justizbehörde ist. Die ersuchte Behörde unterrichtet die ersuchende Behörde über die Weiterleitung und die für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde. Die zuständige Behörde erledigt das Ersuchen und übermittelt das Ergebnis an die ersuchende Behörde zurück.

**(4) Ersuchen der Polizeibehörden nach den Absätzen 1 und 2 werden über die nationalen polizeilichen Zentralstellen der Vertragsstaaten übermittelt und erledigt. Unbeschadet des Satzes 1 können Ersuchen über den in Artikel 39 Absatz 3 Satz 2 SDÜ geregelten Fall hinaus unmittelbar zwischen den zuständigen Polizeibehörden übermittelt und erledigt werden, soweit**

1. sich der grenzüberschreitende Dienstverkehr auf Straftaten bezieht, bei denen der Schwerpunkt der Tat und ihrer Verfolgung in den Grenzgebieten im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 liegt, oder
2. eine direkte Zusammenarbeit aufgrund von tat- oder täterbezogenen Zusammenhängen im Rahmen abgrenzbarer Fallgestaltungen zweckmäßig ist und das Einvernehmen der jeweiligen nationalen Zentralstellen vorliegt.

Artikel 39 Absatz 3 Satz 3 SDÜ findet keine Anwendung. Die Zentralstelle ist zu unterrichten, soweit eine Benachrichtigung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts vorgesehen ist.

(5) Artikel 39 Absatz 2 SDÜ findet keine Anwendung.

### Teil III

#### Besondere Formen der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten

#### Artikel 8

##### Ersuchen um Beweissicherung bei Gefahr im Verzug

(1) Bei Gefahr im Verzug können nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Ersuchen um Spuren- und Beweissicherung einschließlich der Durchführung von körperlichen Untersuchungen sowie um Durchsuchung und Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft und die nach innerstaatlichem Recht insoweit anordnungsbefugten Vollzugsbeamten gestellt werden. Die Ersuchen sind unmittelbar an die zuständige Justiz- oder Polizeibehörde zu richten.

(2) Die Erledigung des Ersuchens einschließlich der Prüfung, ob die Voraussetzungen der Gefahr im Verzug gegeben sind, richtet sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates.

(3) Ist das Ersuchen nach Absatz 1 nicht von einer Justizbehörde gestellt worden, ist die zuständige Justizbehörde unverzüglich über die Stellung des Ersuchens einschließlich der besonderen Umstände des Falles, die auf Gefahr im Verzug schließen lassen, zu unterrichten.

(4) Soweit das Recht des ersuchten Vertragsstaates für die Anordnung oder Aufrechterhaltung der Maßnahme im ersuchten Vertragsstaat eine richterliche Anordnung erfordert, wird eine Anordnung oder Erklärung des nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates zuständigen Gerichts unverzüglich durch den ersuchenden Vertragsstaat nachgereicht. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die maßgeblichen Vorschriften ihres innerstaatlichen Rechts.

(5) Die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen an den ersuchenden Vertragsstaat bedarf eines förmlichen Rechtshilfeersuchens der zuständigen Justizbehörde. Ist die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen eilbedürftig, kann die ersuchte Behörde die Ergebnisse unmittelbar an die ersuchende Behörde übermitteln. Ist die ersuchte Behörde keine Justizbehörde, bedarf die Übermittlung der Ergebnisse der vorherigen Zustimmung der zuständigen Justizbehörde.

#### Artikel 9

##### Ersuchen um körperliche Untersuchung

(1) Soweit das Recht des ersuchten Vertragsstaates es zulässt, leisten die Vertragsstaaten einander Rechtshilfe durch körperliche Untersuchung des Beschuldigten sowie sonstiger Personen.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 werden nur bewilligt, wenn

1. die Untersuchung zur Feststellung verfahrenserheblicher Tatsachen erforderlich ist und in angemessenem Verhältnis zur Schwere der Tat steht,
2. eine Untersuchungsanordnung einer nach innerstaatlichem Recht zuständigen Stelle des ersuchenden Vertragsstaates vorgelegt wird oder aus einer Erklärung einer solchen Stelle hervorgeht, dass die Voraussetzungen der körperlichen Untersuchung vorlägen, wenn sich der Beschuldigte oder die sonstige Person im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befände, und

3. der ersuchende Vertragsstaat im Ersuchen angibt, ob an dem gewonnenen Material im ersuchenden Vertragsstaat molekulargenetische Untersuchungen vorgenommen werden sollen.

#### Artikel 10

#### Übermittlung und Abgleich von DNA-Profilen und -Identifizierungsmustern sowie anderem erkennungsdienstlichem Material

(1) Im Zuge eines laufenden Ermittlungs- oder Strafverfahrens sowie bei vermissten Personen oder unbekanntem Leichen leisten die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit ihrem jeweiligen innerstaatlichen Recht einander Amts- und Rechtshilfe durch Abgleich von DNA-Profilen und -Identifizierungsmustern. Die Erkenntnisse aus dem Abgleich werden den zuständigen Stellen des ersuchenden Vertragsstaates so schnell wie möglich mitgeteilt. Hierbei findet das Interpol-DNA-Datenformular in der jeweils gültigen Fassung Verwendung. Sollten Auftypisierungen des biologischen Materials zur Erhöhung der biostatistischen Aussagekraft für erforderlich erachtet werden, wird der ersuchte Vertragsstaat, soweit möglich und verhältnismäßig, diese Auftypisierung des biologischen Materials veranlassen. Die dadurch anfallenden Kosten werden dem ersuchten Vertragsstaat erstattet.

(2) Hat der Abgleich nach Absatz 1 keinen Treffer ergeben, speichert der ersuchte Vertragsstaat das nach Absatz 1 für Zwecke des Abgleichs übermittelte DNA-Profil oder -Identifizierungsmuster nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts in seiner Datenbank, wenn der ersuchende Vertragsstaat hierum ersucht.

(3) Liegt kein DNA-Profil oder -Identifizierungsmuster einer im ersuchten Vertragsstaat aufhältigen bestimmten Person vor, leistet der ersuchte Vertragsstaat Amts- und Rechtshilfe durch die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials von dieser Person sowie die Übermittlung des gewonnenen DNA-Profiles oder -Identifizierungsmusters, wenn

1. der ersuchende Vertragsstaat mitteilt, zu welchem Zweck dies erforderlich ist,

2. der ersuchende Vertragsstaat eine nach seinem Recht erforderliche Untersuchungsanordnung oder -erklärung der zuständigen Stelle vorlegt, aus der hervorgeht, dass die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials vorliegen, wenn sich die bestimmte Person im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates befände, und
3. die Voraussetzungen für die Gewinnung und Untersuchung molekulargenetischen Materials nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates vorliegen.

Die dadurch anfallenden Kosten werden dem ersuchten Vertragsstaat erstattet.

(4) Ersuchen können auch durch die zuständigen Polizeibehörden beider Vertragsstaaten übermittelt und auf demselben Weg beantwortet werden.

#### Artikel 11

#### Grenzüberschreitende Observation

Für grenzüberschreitende Observationen gilt Artikel 40 SDÜ mit folgenden Ergänzungen:

1. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens können die zuständigen Beamten auch eine Person observieren, bei der ernsthaft anzunehmen ist, dass sie zur Identifizierung oder Auffindung der Person führen kann, die im Verdacht steht, an einer auslieferungsfähigen Straftat beteiligt zu sein. Satz 1 ist auch in den Fällen anwendbar, in denen wegen der besonderen Eilbedürftigkeit der Angelegenheit die vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht eingeholt werden kann. Unbeschadet der Regelung in Nummer 9 richtet sich das weitere Verfahren nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ.
2. Eine grenzüberschreitende Observation ist auch zum Zwecke der Vollstreckung einer rechtskräftig verhängten freiheitsentziehenden Sanktion zulässig, wenn zu erwarten ist, dass die noch zu vollstreckende freiheitsentziehende Sanktion oder die Summe der noch zu vollstreckenden freiheitsentziehenden Sanktionen mindestens vier Monate beträgt.

3. **In der Bundesrepublik Deutschland sind Ersuchen an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht zu richten und direkt zu übermitteln, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll. Sofern bekannt ist, dass eine andere als die in Satz 1 bezeichnete Staatsanwaltschaft in derselben Sache bereits ein Verfahren führt, ist das Ersuchen an diese Staatsanwaltschaft zu richten.**
4. **In der Republik Österreich sind Ersuchen an denjenigen Gerichtshof erster Instanz als Bewilligungsbehörde zu richten und direkt zu übermitteln, in dessen Sprengel die Grenze voraussichtlich überschritten wird.**
5. **Die Übermittlung kann auch über die nationalen Zentralstellen oder über die einsatzführenden Polizeibehörden erfolgen.**
6. **Eine Kopie des Ersuchens ist außer den nationalen Zentralstellen gleichzeitig zuzuleiten**

**in der Bundesrepublik Deutschland**

- **der Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg und der Landesjustizverwaltung Bayern, soweit diese nicht allgemein oder im Einzelfall auf eine Übersendung der Kopie verzichten,**
- **dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart und dem Bayerischen Landeskriminalamt in München,**
- **dem Zollkriminalamt in Köln,**

**soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle des Zollkriminalamtes auch dessen sachliche Zuständigkeit betroffen ist,**

**in der Republik Österreich**

- **dem Gerichtshof erster Instanz, in dessen Sprengel die Grenze voraussichtlich überschritten wird,**
- **den Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,**

- den für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich in Zollsachen zuständigen Finanzstrafbehörden I. Instanz (Zollfahndungen),

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle der Finanzstrafbehörden auch deren sachliche Zuständigkeit betroffen ist.

7. Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 SDÜ zunächst unverzüglich mitzuteilen

in der Bundesrepublik Deutschland

- dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart und dem Bayerischen Landeskriminalamt in München,
- dem Grenzschutzpräsidium Süd und
- den Bundesgrenzschutzämtern Stuttgart und München,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden betroffen ist,

in der Republik Österreich

- den Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden betroffen ist.

Die Unterrichtung nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a in Verbindung mit Absatz 5 SDÜ erfolgt unverzüglich durch die in Satz 1 genannten Stellen. Das nachträgliche Ersuchen nach Artikel 40 Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b SDÜ wird entsprechend den Nummern 4 bis 6 übermittelt.

8. Die Bewilligung der grenzüberschreitenden Observation erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des bewilligenden Vertragspartners.

9. Eine grenzüberschreitende Observation nach Artikel 40 Absatz 2 SDÜ zur Strafverfolgung ist auch bei Verdacht einer nicht in Artikel 40 Absatz 7 SDÜ angeführten Straftat zulässig, sofern es sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates um eine auslieferungsfähige Straftat handelt.
10. Änderungen der Zuständigkeiten nach den Nummern 4 bis 8 werden dem anderen Vertragsstaat mitgeteilt.
11. Wird die observierte Person auf frischer Tat bei der Begehung einer nach dem Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird, auslieferungsfähigen Straftat betroffen, dürfen die observierenden Beamten, die unter der Leitung des ersuchten Vertragsstaates tätig sind, die Person festhalten. Die festgehaltene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Ihr dürfen während der Beförderung Handfesseln angelegt werden. Die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen von Beamten der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates vorläufig sichergestellt werden. Straftat im Sinne des Satzes 1 ist auch die strafbare Teilnahme an einer Straftat.
12. Erforderliche technische Mittel dürfen von den Beamten des einen Vertragsstaates auch auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingesetzt werden, soweit dies nach dessen innerstaatlichem Recht zulässig ist und der sachleitende Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die technischen Mittel eingesetzt werden sollen, ihrem Einsatz im Einzelfall zugestimmt hat. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die im Einzelfall mitgeführten technischen Mittel.
13. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.



**Artikel 12**  
**Nacheile**

(1) Für die grenzüberschreitende Nacheile gilt Artikel 41 SDÜ mit folgenden Ergänzungen:

1. Außer zu den in Artikel 41 Absatz 1 SDÜ genannten Zwecken ist eine grenzüberschreitende Nacheile im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten auch bei der Verfolgung von Personen zulässig, die sich innerhalb einer Entfernung von höchstens 150 Kilometern bis zur Grenze einer Kontrolle zum Zweck der Fahndung nach Personen entziehen, die der Begehung einer auslieferungsfähigen Straftat verdächtig sind oder zu einer freiheitsentziehenden Sanktion verurteilt worden sind, derentwegen eine Auslieferung zulässig erscheint.
2. Die Nacheile findet auch über die Luft- und Wassergrenzen statt.
3. Die nacheilenden Beamten üben das Recht der Nacheile zu den in Nummer 1 und in Artikel 41 Absatz 1 SDÜ genannten Zwecken auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung für alle auslieferungsfähigen Straftaten unter Einräumung des Festhalterrechts nach Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ aus.
4. Artikel 11 Nummer 2 gilt entsprechend.
5. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nacheile sind zu benachrichtigen

in der Bundesrepublik Deutschland

- in Baden-Württemberg die Wasserschutzpolizeiinspektion Bodensee und die Polizeidirektion Friedrichshafen, das Grenzschutzpräsidium Süd, die Bundesgrenzschutzämter Stuttgart und Weil am Rhein,

- in Bayern die Wasserschutzpolizeidirektion/Wasserschutzpolizeistation Passau (Donau), die Polizeidirektionen Kempten im Allgäu, Weilheim, Rosenheim, Traunstein und Passau (Donau), das Grenzschutzpräsidium Süd und das Bundesgrenzschutzamt München,
- sowie das Zollkriminalamt,

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle des Zollkriminalamtes auch dessen sachliche Zuständigkeit betroffen ist;

in der Republik Österreich

- die Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,
- die für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich in Zollsachen zuständigen Finanzstraßenbehörden I. Instanz (Zollfahndungen),

soweit jeweils der örtliche Zuständigkeitsbereich der vorgenannten Behörden und im Falle der Finanzstraßenbehörden auch deren sachliche Zuständigkeit betroffen ist.

Änderungen dieser Zuständigkeiten werden dem anderen Vertragsstaat schriftlich mitgeteilt

### Artikel 13 Kontrollierte Lieferung

(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat die kontrollierte Einfuhr in sein Hoheitsgebiet, die kontrollierte Durchfuhr oder die kontrollierte Ausfuhr, insbesondere bei unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln, Waffen, Sprengstoffen, Falschgeld, Diebesgut und Hehlerware sowie bei Geldwäsche, bewilligen, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Ermittlung von Hinterleuten und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen aussichtslos oder wesentlich erschwert würde.

(2) Die Bewilligung erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates. Die Durchführung der kontrollierten Lieferung richtet sich nach den Bestimmungen dieses Vertrages und, soweit in dem Vertrag keine Regelungen getroffen werden, nach dem innerstaatlichen Recht des ersuchten Vertragsstaates.

(3) Die kontrollierte Lieferung kann nach Absprache zwischen den Vertragsstaaten abgefangen und derart zur Weiterbeförderung freigegeben werden, dass sie unangetastet bleibt, entfernt oder ganz oder teilweise ersetzt wird. Wenn von der Ware ein besonderes Risiko für die an der Lieferung beteiligten Personen oder für die Allgemeinheit ausgeht, kann der ersuchte Vertragsstaat das Ersuchen unter weiteren Bedingungen bewilligen oder es ablehnen.

(4) Vorbehaltlich einer Vereinbarung nach Absatz 5 übernimmt der ersuchte Vertragsstaat die Kontrolle der Lieferung beim Grenzübergang oder an einem vereinbarten Übergabepunkt, um eine Kontrollunterbrechung zu vermeiden. Er stellt im weiteren Verlauf der Lieferung deren ständige Überwachung in der Form sicher, dass er zu jeder Zeit die Möglichkeit des Zugriffs auf die Täter oder die Waren hat. Beamte des ersuchenden Vertragsstaates können in Absprache mit dem ersuchten Vertragsstaat die kontrollierte Lieferung nach der Übernahme zusammen mit den übernehmenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates weiter begleiten.

(5) Abweichend von Absatz 4 Satz 3 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im Einzelfall vereinbaren, dass Beamte des ersuchenden Vertragsstaates mit dem ersuchten Vertragsstaat die Maßnahme unter der Sachleitung eines anwesenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates auf dessen Hoheitsgebiet durchführen, soweit im Zeitpunkt der Stellung des Ersuchens nach Absatz 1 auf Grund bestimmter Tatsachen Anlass zu der Annahme besteht, dass die kontrollierte Lieferung spätestens 48 Stunden nach Verbringung in das Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates aus diesem in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates verbracht werden wird, oder soweit der ersuchte Vertragsstaat erklärt, dass er die Maßnahme aus zwingenden Gründen nicht durchführen kann. Die in Satz 1 genannten Tatsachen und Gründe sind in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben. Die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates sind in jedem Falle an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des ersuchten Vertragsstaates gebunden; sie haben die Anordnungen der Beamten des ersuchten Vertragsstaates zu befolgen.

**(6) Ersuchen um kontrollierte Lieferungen, die in einem Drittstaat beginnen oder fortgesetzt werden, werden nur bewilligt, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 auch vom Drittstaat gewährleistet ist.**

**(7) Artikel 11 Nummern 8 und 11 bis 13 dieses Vertrages sowie Artikel 40 Absatz 3 Buchstaben a bis c, g und h SDÜ gelten entsprechend.**

**(8) Ersuchen um kontrollierte Einfuhr und Durchfuhr sind an die in Artikel 11 Nummern 3 und 4 genannten Behörden zu richten. Ersuchen um kontrollierte Ausfuhr sind zu richten**

- in der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Transport beginnt,
- in der Republik Österreich an die nationale Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle an die Staatsanwaltschaft, in deren Sprengel der Transport beginnt.

#### **Artikel 14**

##### **Verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Strafverfolgung**

**(1) Auf Ersuchen kann der ersuchte Vertragsstaat die Durchführung verdeckter Ermittlungen auf seinem Hoheitsgebiet durch Beamte des ersuchenden Vertragsstaates, die nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates die Stellung eines verdeckten Ermittlers haben, bewilligen, wenn der ersuchende Vertragsstaat darlegt, dass ohne diese Maßnahme die Aufklärung des Sachverhalts aussichtslos oder wesentlich erschwert würde. Die Bewilligung eines Ersuchens, mit der der Durchführung einer verdeckten Ermittlung zugestimmt wird, erstreckt sich auf das gesamte Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates.**

**(2) Die weiteren Voraussetzungen für verdeckte Ermittlungen, insbesondere die Bedingungen, unter denen verdeckte Ermittler eingesetzt werden, richten sich nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates. Der ersuchte Vertragsstaat kann ferner Maßgaben für die Verwendung der im Wege einer verdeckten Ermittlung gewonnenen Erkenntnisse festlegen. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweiligen Voraussetzungen für die Durchführung verdeckter Ermittlungen nach ihrem innerstaatlichen Recht.**

(3) Verdeckte Ermittlungen im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze, die in dem Ersuchen nach Absatz 1 anzugeben sind. Ist bei Stellung des Ersuchens erkennbar, dass sich die verdeckten Ermittlungen über einen bestimmten Zeitraum erstrecken werden, können die verdeckten Ermittlungen zunächst für die Dauer von bis zu einem Monat bewilligt werden. Eine Verlängerung der Bewilligung, die mit einer Abänderung der ursprünglich erteilten Bewilligung verbunden sein kann, ist zulässig. Die voraussichtliche Dauer der verdeckten Ermittlungen ist in dem Ersuchen nach Absatz 1 ebenfalls anzugeben. Die Behörden des ersuchenden Vertragsstaates stimmen sich bei der Vorbereitung des Einsatzes mit den zuständigen Behörden des ersuchten Vertragsstaates ab.

(4) Die Leitung des Einsatzes obliegt einem Beamten des ersuchten Vertragsstaates; das Handeln der Beamten des ersuchenden Vertragsstaates ist dem ersuchten Vertragsstaat zuzurechnen. Der ersuchte Vertragsstaat kann jederzeit die Beendigung der verdeckten Ermittlungen verlangen.

(5) Der ersuchte Vertragsstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um den ersuchenden Vertragsstaat bei der Durchführung personell, logistisch und technisch zu unterstützen und um die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates während ihres Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates zu schützen.

(6) Kann wegen besonderer Dringlichkeit ein Ersuchen nach Absatz 1 vor dem Grenzübertritt nicht gestellt werden und ist ernsthaft zu befürchten, dass ohne grenzüberschreitende verdeckte Ermittlungen die Identität der eingesetzten Beamten aufgedeckt würde, ist der Einsatz verdeckter Ermittler auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ausnahmsweise ohne vorherige Bewilligung zulässig, wenn im Übrigen die Voraussetzungen für den Einsatz verdeckter Ermittler auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vorliegen. Der Einsatz ist unverzüglich der in Absatz 9 bezeichneten Behörde des anderen Vertragsstaates anzuzeigen. Ein Ersuchen, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Einsatz ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Das Tätigwerden des verdeckten Ermittlers hat sich in diesen Fällen auf das zur Aufrechterhaltung der Legende unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

(7) Artikel 8 Absätze 1 und 4 finden entsprechende Anwendung.

(8) Zur Absicherung des Einsatzes erforderliche technische Mittel dürfen mitgeführt werden, es sei denn, der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die verdeckte Ermittlung durchgeführt wird, widerspricht ausdrücklich. Im Übrigen gilt Artikel 11 Nummer 12 entsprechend.

(9) Das Ersuchen ist an die nationale Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle an die Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragsstaates zu richten, die für die Anordnung oder Zustimmung zu einer verdeckten Ermittlung zuständig wäre, wenn die verdeckte Ermittlung von den Behörden des ersuchten Vertragsstaates durchgeführt würde. In den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf die Grenzgebiete nach Artikel 3 Absatz 2 beschränken werden, ist das Ersuchen in Kopie zusätzlich an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter Baden-Württemberg und Bayern bei gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle zu richten.

(10) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.

(11) Die Vertragsstaaten können einander verdeckte Ermittler zur Verfügung stellen, die im Auftrag und unter Leitung der zuständigen Behörde des jeweils anderen Vertragsstaates tätig werden.

#### Artikel 15

##### Informationsübermittlung zur Strafverfolgung ohne Ersuchen

Die Behörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall ohne Ersuchen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Informationen einschließlich personenbezogener Daten mitteilen, soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Informationen für die Verfolgung von Straftaten durch den Empfänger erforderlich ist. Der Empfänger ist verpflichtet, die Erforderlichkeit der übermittelten Daten zu überprüfen und nicht erforderliche Daten zu löschen, zu vernichten oder an die übermittelnde Stelle zurück zu übermitteln sowie der übermittelnden Behörde Mitteilung zu machen, wenn sich die Unrichtigkeit der Informationen ergibt.

**Teil IV**  
**Besondere Formen der Zusammenarbeit**  
**zur polizeilichen Gefahrenabwehr**

**Artikel 16**  
**Observation zur polizeilichen Gefahrenabwehr**

(1) Im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten ist die grenzüberschreitende Observation zum Zwecke der Verhinderung einer auslieferungsfähigen Straftat ausnahmsweise zulässig

1. mit vorheriger Zustimmung, wenn die zuständige Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sich die Observation erstrecken soll, erklärt, die Maßnahme nicht durchführen zu können,
2. ohne vorherige Zustimmung bei besonderer Dringlichkeit.

Die Observation ist nur zulässig, soweit ein Ersuchen nicht im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gestellt und der Zweck der Observation nicht durch die Übernahme der Amtshandlung durch Organe des anderen Vertragsstaates oder durch Bildung gemeinsamer Observationsgruppen erreicht werden kann. Die observierenden Beamten unterliegen der Leitung des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sich die Observation erstrecken soll.

(2) Für Observationen nach Absatz 1 gelten folgende Vorschriften entsprechend:

- Artikel 40 Absatz 2 SDÜ mit Ausnahme der einschränkenden Verweisung auf Artikel 40 Absatz 7 SDÜ,
- Artikel 40 Absatz 3 Buchstaben a bis d und g SDÜ,
- Artikel 40 Absatz 4 SDÜ,
- Artikel 11 Nummern 8 und 11 bis 13.

(3) Ersuchen nach Absatz 1 und Mitteilungen nach Absatz 2 sind zu richten

in der Bundesrepublik Deutschland

- an das **Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart** und das **Bayerische Landeskriminalamt in München**,
- an sonstige **Polizeibehörden der Länder**,
- an das **Grenzschutzpräsidium Süd** und die **Bundsgrenzschutzämter Stuttgart, München und Weil am Rhein**,

soweit die örtliche und sachliche Zuständigkeit der vorgenannten Behörden besteht,

in der Republik Österreich

- an die zuständige **Sicherheitsdirektion**.

Artikel 7 Absatz 3 Sätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend.

#### Artikel 17

##### Nachteile zur polizeilichen Gefahrenabwehr

(1) Im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten ist die grenzüberschreitende Nacheile zur Verfolgung von Personen, die sich im Falle einer Grenzkontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ entziehen, zulässig.

(2) Eine Nacheile ist ferner zulässig, soweit sich eine Person einer polizeilichen oder zollamtlichen Kontrolle innerhalb einer Entfernung von höchstens 150 Kilometern bis zu der Grenze entzieht, sofern dabei eindeutige Anhaltezeichen missachtet werden und in der Folge eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit herbeigeführt wird.

(3) Die nacheilenden Beamten haben mit der zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates unverzüglich, nach Möglichkeit noch vor Grenzübertritt, in Verbindung zu treten. Die Nacheile ist abzurechnen, sofern dies die zuständige Behörde des Gebietsstaates anordnet oder die Fortsetzung der Maßnahme zu einer konkreten Gefährdung von Leib, Leben oder Gesundheit der verfolgten Person oder Dritter führt und diese Gefährdung in einem offenkundigen Missverhältnis zu der abzuwehrenden Gefahr steht.

(4) Für solche Nacheilen gelten folgende Vorschriften entsprechend:



- Artikel 41 Absatz 1 SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 3 Buchstabe b SDÜ,
- Artikel 41 Absatz 5 Buchstaben a und c bis g SDÜ,
- Artikel 11 Nummer 11,
- Artikel 12 Absatz 1 Nummer 2,
- Artikel 12 Absatz 2.

#### Artikel 18

##### Verdeckte Ermittlungen zur polizeilichen Gefahrenabwehr

(1) Soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht zulässt, können verdeckte Ermittlungen zum Zwecke der Verhinderung von vorsätzlichen und nicht nur auf Antrag zu verfolgenden auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortgesetzt werden, wenn dieser der grenzüberschreitenden verdeckten Ermittlung auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat.

(2) Artikel 14 Absätze 1 bis 6, 8, 10 und 11 sowie Artikel 16 Absatz 3 mit der Maßgabe, dass die nationale Zentralstelle gleichzeitig zu unterrichten ist, gelten entsprechend.

#### Artikel 19

##### Gemeinsame Einsatzformen zur polizeilichen Gefahrenabwehr

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsame Streifen, gemeinsam besetzte Kontroll-, Auswertungs- und Observationsgruppen sowie sonstige gemeinsame Einsatzformen zur polizeilichen Gefahrenabwehr bilden, in denen Beamte des einen Vertragsstaates bei Einsätzen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates mitwirken. Hoheitliche Befugnisse dürfen dabei nur unter der Lei-

tung und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des Gebietsstaates wahrgenommen werden. Artikel 6 Absatz 4 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

#### Artikel 20

##### Informationsaustausch zur polizeilichen Gefahrenabwehr

Die zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten können einander im Einzelfall auch ohne Ersuchen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts Informationen einschließlich personenbezogener Daten mitteilen, soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Kenntnis der Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung durch den Empfänger erforderlich ist. Artikel 15 Satz 2 gilt entsprechend.

#### Artikel 21

##### Grenzüberschreitende polizeiliche Gefahrenabwehr

(1) Beamte der Polizeibehörden eines Vertragsstaates (im Folgenden die "einschreitenden Beamten") dürfen im Falle eines dringenden Bedarfs ohne vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates die gemeinsame Grenze überschreiten, um im grenznahen Bereich auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des anderen Vertragsstaates vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich sind.

(2) Ein dringender Bedarf im Sinne von Absatz 1 liegt nur dann vor, wenn bei einem Abwarten auf das Einschreiten von Beamten des anderen Vertragsstaates oder der Herstellung eines Einvernehmens im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 eine Verwirklichung der Gefahr droht.

(3) Die einschreitenden Beamten haben den anderen Vertragsstaat unverzüglich zu unterrichten. Der andere Vertragsstaat hat unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr der Gefahr und zur Übernahme der Lage erforderlich sind. Die einschreitenden Beamten dürfen auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates nur so lange tätig sein, bis der andere Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergriffen hat. Die einschreitenden Beamten sind an die Weisungen des anderen Vertragsstaates gebunden.

(4) Die Vertragsstaaten treffen eine gesonderte Vereinbarung darüber, welche Stellen nach Absatz 3 unverzüglich zu unterrichten sind. Die einschreitenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und an das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie tätig werden, gebunden.

(5) Die Maßnahmen der einschreitenden Beamten werden dem anderen Vertragsstaat zugerechnet.

## Artikel 22

### Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten unterstützen sich nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenseitig bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen, indem sie

1. sich gegenseitig so zeitig wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und Erkenntnissen unterrichten,
2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die auf ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,
3. auf Ersuchen des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Lage eintritt, soweit möglich, durch Entsendung von Spezialisten und Beratern sowie durch Bereitstellung von Ausrüstungsgegenständen Hilfe leisten.

Im Übrigen bleiben das Abkommen vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen und die durch Notenwechsel vom 1. Juli/3. August 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz geschlossene Vereinbarung unberührt.

**Artikel 23**  
**Einrichtung von Bedarfskontrollstellen**

(1) Eine Bedarfskontrollstelle kann auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingerichtet werden, soweit

1. keine geeignete Örtlichkeit auf dem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung steht,
2. dies zur Durchführung einer Grenzkontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ erforderlich ist und
3. die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates der Maßnahme im Einzelfall zugestimmt hat.

(2) Die Bedarfskontrollstelle soll möglichst grenznah und darf nicht weiter als fünf Kilometer von der Grenzlinie entfernt liegen.

(3) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann mit Auflagen versehen werden. Die Maßnahme ist auf Verlangen der zuständigen Stelle des Gebietsstaates einzustellen.

(4) Die Grenzkontrolle wird ausschließlich nach dem Recht und von den Beamten des Vertragsstaates durchgeführt, der die Kontrolle nach Artikel 2 Absatz 2 SDÜ angeordnet hat. An Bedarfskontrollstellen sollen jedoch Beamte beider Vertragsstaaten anwesend sein.

(5) Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten erstellen Verzeichnisse über die auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und zur Einrichtung von Bedarfskontrollstellen geeigneten Örtlichkeiten, tauschen die Verzeichnisse aus und unterrichten einander unverzüglich über Änderungen.

(6) Im übrigen gelten Artikel 1 Absatz 1, Artikel 4 Absätze 5 und 7, Artikel 5, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7, Artikel 9, Artikel 10 Absatz 1, Artikel 12 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absätze 3 und 4, Artikel 14, Artikel 19 und Artikel 20 des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, geändert durch Abkommen vom 21. Januar 1975, 16. September 1977 und 30. Juli 1990 zur Änderung des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bun-

**desrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr entsprechend.**

## **Teil V**

### **Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit**

#### **Artikel 24**

##### **Gemeinsame Zentren**

- (1) Die Vertragsstaaten können gemeinsame Zentren für den Informationsaustausch und die Unterstützung ihrer Behörden einrichten.
- (2) In den gemeinsamen Zentren arbeiten Beamte der Behörden beider Vertragsstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in Angelegenheiten, die den Zuständigkeitsbereich der Behörden der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Grenzgebiete betreffen, Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzuleiten sowie bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mitzuwirken. Für die Übermittlung personenbezogener Daten gelten die Artikel 7, 15 und 20.
- (3) Die Unterstützungsfunktion kann auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Rückführung von Drittstaatsangehörigen auf der Grundlage der zwischen den Vertragsstaaten geltenden Übereinkünfte umfassen.
- (4) Den gemeinsamen Zentren obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze. Die Beamten in den gemeinsamen Zentren unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden.
- (5) In den gemeinsamen Zentren können die Beamten auch über die Aufgaben nach den Absätzen 1 bis 3 hinausgehende nichtoperative Tätigkeiten, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der Aus- und Fortbildung, mit Wirkung für die sie entsendenden Behörden ausüben, soweit dadurch nicht in Rechte Dritter eingegriffen wird.
- (6) Anzahl und Sitz von gemeinsamen Zentren sowie die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die gleichmäßige Verteilung der Kosten werden in gesonderten Vereinbarungen geregelt.

(7) Behörden eines Vertragsstaates können sich an gemeinsamen Zentren, die der andere Vertragsstaat mit einem gemeinsamen Nachbarstaat betreibt, beteiligen, wenn und soweit der andere Vertragsstaat und der Nachbarstaat einer solchen Beteiligung zustimmen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit und die Verteilung der Kosten werden zwischen allen beteiligten Staaten geregelt.

#### Artikel 25

##### Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen

- (1) Bei grenzüberschreitenden Einsätzen nach diesem Vertrag dürfen auch Luft- und Wasserfahrzeuge eingesetzt werden.
- (2) Beim grenzüberschreitenden Einsatz nach Absatz 1 entfällt bei Flügen nach Sichtflugregeln bei Tag die Flugplanpflicht. Flüge nach Instrumentenflugregeln dürfen nur im kontrollierten Luftraum durchgeführt werden. Sie werden von der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle überwacht. Dazu sind vor Beginn des Flugabschnitts nach Instrumentenflugregeln der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle die erforderlichen Flugplandaten zu übermitteln. Gleiches gilt für Flüge nach Sichtflugregeln bei Nacht.
- (3) Die Einsatzflüge gemäß Absatz 1 unterliegen, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist, den in den jeweiligen Vertragsstaaten geltenden luftverkehrsrechtlichen Vorschriften. Im Rahmen der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Vertrag dürfen Luftfahrzeuge auch außerhalb von Flugplätzen starten und landen, soweit dies zur Erfüllung der Einsätze unter Berücksichtigung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.
- (4) Die Luftfahrzeuge müssen im Herkunftsstaat für die jeweilige Einsatzart zugelassen sein.
- (5) Beim Einsatz von Wasserfahrzeugen sind die Beamten von den Verkehrsordnungen für die Binnenschifffahrt im selben Umfang wie die Beamten der Polizeibehörden des Vertragsstaates befreit, auf dessen Hoheitsgebiet sie im Einsatz sind. Die eingesetzten Wasserfahrzeuge sind zur Führung der Bezeichnung für Fahrzeuge der Überwachungsbehörden befugt. Die Beamten sind auch befugt, Anordnungen, ausgenommen nautische Weisungen, zu geben, soweit dies zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben dringend geboten ist und die Sicherheit der Schifffahrt und von Personen nicht beeinträchtigt wird.

**Artikel 26**  
**Datenschutz**

(1) Datenschutz wird nach Maßgabe der Artikel 126 bis 130 SDÜ und, soweit dort keine Regelungen enthalten sind, nach Maßgabe des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in seinem Anwendungsbereich gewährleistet. Dies gilt auch für personenbezogene Daten, die durch grenzüberschreitende Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates erhoben worden sind. Dabei sind die besonderen Bedingungen, die von dem ersuchten Vertragsstaat im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Maßnahme gestellt werden, zu beachten.

(2) Beamten, die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, darf durch diesen Vertragsstaat nur unter Leitung eines ihrer Beamten der Zugriff auf behördliche Sammlungen personenbezogener Daten gewährt werden.

**Artikel 27**

**Befugnisse und Rechtsstellung von Beamten des anderen Vertragsstaates**

(1) Beamten des einen Vertragsstaates, die sich im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, stehen dort keine hoheitlichen Befugnisse zu, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt. Sie sind bei allen Maßnahmen an das innerstaatliche Recht des anderen Vertragsstaates gebunden. Artikel 23 bleibt unberührt.

(2) Beamte des einen Vertragsstaates, die aufgrund dieses Vertrages zu einer Dienststelle des anderen Vertragsstaates entsandt werden, sind Verbindungsbeamte im Sinne des Artikels 47 SDÜ oder des Artikels 125 SDÜ. Ihre Stellung ergibt sich aus Artikel 47 Absatz 3 SDÜ oder Artikel 125 Absatz 3 SDÜ, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt.

(3) Beamte des einen Vertragsstaates, die sich im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, können dort ihre nationale Dienstkleidung tragen. Sie können ihre Dienstwaffen, Zwangsmittel und sonstigen Ausrüstungsgegenstände mitführen. Die Dienstwaffen dürfen nur im Falle der Notwehr einschließlich der Nothilfe gebraucht werden, soweit nicht der sachleitende Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgt, ausdrücklich im

Einzelfall nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts eine darüber hinausgehende Anwendung von Dienstwaffen genehmigt. In den Fällen der Artikel 11, 12, 16 und 17 darf keine Genehmigung erteilt werden. Die zuständigen Stellen unterrichten einander über die jeweils zulässigen Dienstwaffen und Zwangsmittel.

(4) Setzen Beamte des einen Vertragsstaates bei Maßnahmen aufgrund dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge oder Luftfahrzeuge ein, unterliegen sie hierbei denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des anderen Vertragsstaates. Unbeschadet der Regelung in Artikel 29 Absatz 1 Satz 2 gilt dies insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

#### Artikel 28

##### Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, sind in bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten des anderen Vertragsstaates gleichgestellt.

#### Artikel 29

##### Grenzübertritte

(1) Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Beamten des einen Vertragsstaates zu den in diesem Vertrag geregelten Zwecken das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates befahren, um das eigene Hoheitsgebiet auf möglichst kurzem Wege wieder zu erreichen. Soweit zwingend erforderlich, dürfen hierbei ausnahmsweise auch Sonder- und Wegerechte in Anspruch genommen werden. In den Fällen des Satzes 2 sind die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dem die Sonder- und Wegerechte in Anspruch genommen werden, unverzüglich zu unterrichten. Für Grenzübertritte sind die Artikel 6, Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 9 bis 11 des Vertrages vom 21. Dezember 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates auch außerhalb der Durch-



**gangsstrecken, die durch die in Artikel 3 Absatz 1 des genannten Vertrages bezeichnete Vereinbarung festgelegt werden, befahren werden kann.**

(2) Beamte des einen Vertragsstaates dürfen für Maßnahmen, die sie nach innerstaatlichem Recht auf den auf eigenem Hoheitsgebiet gelegenen Streckenabschnitten von grenzüberschreitenden Reisezügen oder Passagierschiffen durchführen, bereits auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zusteigen oder nach Beendigung der Maßnahmen dort aussteigen. Kann eine auf dem eigenen Hoheitsgebiet nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts begonnene Kontrollmaßnahme, insbesondere die Überprüfung einer Person oder einer Sache, nicht im Grenzgebiet im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 abgeschlossen werden, und steht zu erwarten, dass andernfalls der Zweck der Maßnahme nicht erreicht werden kann, darf diese auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates so lange fortgesetzt werden, wie dies unabdingbar erforderlich ist, um die Maßnahme abzuschließen. Soweit weitere Maßnahmen erforderlich werden, bleiben die hierfür geltenden Regelungen unberührt. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, geändert durch Abkommen vom 21. Januar 1975, 16. September 1977 und 30. Juli 1990 zur Änderung des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr unberührt.

### Artikel 30

#### Übergabe von Personen an der Grenze

(1) Die Übergabe von Personen an der Grenze zwischen den Vertragsstaaten kann auch an geeigneten Örtlichkeiten in Grenznähe oder auf Flughäfen stattfinden, wenn die zuständigen Behörden jenes Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Übergabe stattfinden soll, dieser Übergabe im Einzelfall zustimmen. Die Übergabe hat an solchen Orten stattzufinden, an denen entsprechende Einrichtungen für eine sichere Übergabe bestehen.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 und der Artikel 9 bis 13 des Vertrages vom 21. Dezember 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen gelten entsprechend für die Beförderung der Personen von der Grenze zum

Übergabeort in dem anderen Vertragsstaat oder vom Übergabeort in den anderen Vertragsstaat bis zur Grenze.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten erstellen Verzeichnisse über die auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und zur Übergabe von Personen geeigneten Örtlichkeiten und Einrichtungen, tauschen diese Verzeichnisse aus und unterrichten einander unverzüglich über Änderungen. Das Protokoll zur Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung der Republik Österreich über die Rückübernahme von Personen an der Grenze bleibt unberührt.

#### Artikel 31

##### Beistandsklausel, Dienstverhältnisse

(1) Die Vertragsstaaten sind gegenüber den entsandten Beamten des anderen Vertragsstaates bei der Ausübung des Dienstes zu gleichem Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Beamten.

(2) Die Beamten des anderen Vertragsstaates bleiben in dienstrechtlicher, insbesondere in disziplinarrechtlicher und in haftungsrechtlicher Hinsicht den in ihrem Staat geltenden Vorschriften unterworfen.

#### Artikel 32

##### Haftungsbestimmungen

(1) Wenn Beamte eines Vertragsstaates im Rahmen einer Maßnahme nach den Artikeln 13 und 14 dieses Vertrages oder einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe nach dem Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, haftet der Vertragsstaat, dessen Beamte auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einen Schaden verursacht haben, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Schaden verursacht wird, für den durch seine Beamten verursachten Schaden.

(2) Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der in Absatz 1 genannte Schaden verursacht wird, ersetzt diesen Schaden, wie er ihn ersetzen müsste, wenn seine eigenen Beamten ihn verursacht hätten.

(3) Der Vertragsstaat, dessen Beamte einen Schaden im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht haben, erstattet dem anderen Vertragsstaat den Gesamtbetrag des Schadensersatzes, den dieser an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger geleistet hat.

(4) Unbeschadet der Ausübung seiner Rechte gegenüber Dritten und mit Ausnahme des Absatzes 3 verzichtet jeder Vertragsstaat in dem Fall des Absatzes 1 darauf, den Betrag des erlittenen Schadens dem anderen Vertragsstaat gegenüber geltend zu machen.

(5) Für den Ersatz von Schäden, die bei der Durchführung einer Maßnahme aufgrund dieses Vertrages von Beamten des einen Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht werden, gilt im Übrigen Artikel 43 SDÜ.

### Artikel 33 Ausnahmeklausel

Ist ein Vertragsstaat der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung oder Duldung einer Maßnahme aufgrund dieses Vertrages geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstoßen, kann er die Zusammenarbeit unter Beachtung sonstiger internationaler Kooperationsverpflichtungen ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

### Teil VI Durchführungs- und Schlussbestimmungen

#### Artikel 34 Durchführungsvereinbarungen

Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Vertrages Vereinbarungen treffen, welche die verwaltungsmäßige Durchführung zum Ziel haben.

### **Artikel 35**

#### **Überprüfung der Umsetzung und Fortentwicklung des Vertrages**

Auf Antrag eines Vertragsstaates überprüft eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsstaaten die Umsetzung dieses Vertrages und stellt fest, ob Ergänzungs- oder Fortschreibungsbedarf besteht.

### **Artikel 36**

#### **Kosten**

Jeder Vertragsstaat trägt die seinen Behörden aus der Anwendung dieses Vertrages entstehenden Kosten, soweit die zuständigen Behörden im Einzelfall, insbesondere bei Unterstellungen im Sinne von Artikel 6, nichts anderes vereinbaren oder diese Kosten nicht aufgrund von Maßnahmen nach Artikel 22 entstehen. Für den letztgenannten Fall finden die Vorschriften des Abkommens vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen Anwendung.

### **Artikel 37**

#### **Einbeziehung der Zollverwaltung**

Soweit Behörden der Zollverwaltungen der Vertragsstaaten Aufgaben im Zusammenhang mit Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wahrnehmen, stehen sie im Rahmen dieses Vertrages den Polizeibehörden der Vertragsstaaten im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 gleich.

**Zuständige Beamte sind**

**auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland**

- **die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft bestellten Beamten der Zollverwaltung,**

auf Seiten der Republik Österreich

- die Angehörigen der Zollfahndungen.

**Artikel 38**  
**Inkrafttreten, Kündigung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf jenen Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden. Mit Inkrafttreten des Vertrages tritt das Abkommen vom 16. Dezember 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Österreichischen Bundesregierung über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten außer Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat jederzeit auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden und tritt sechs Monate nach Erhalt der Kündigung außer Kraft.

(3) Die Registrierung des Vertrages beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird von deutscher Seite wahrgenommen.

Geschehen zu *Berlin* am

in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland



18. November 2003



19. Dezember 2003

Für die  
Republik Österreich



[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE  
REPUBLIC OF AUSTRIA CONCERNING CROSS-BORDER COOPERATION  
ON DANGER PREVENTION BY POLICE AND IN CRIMINAL  
LAW MATTERS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Austria,

In the effort to more effectively combat international crime and cross-border dangers  
through partnership cooperation,

In order to amend

-- the Convention of 19 June 1990 implementing the Schengen Agreement of 14 June  
1985 on the gradual abolition of checks at the common borders (hereinafter "SDÜ"), and  
the Schengen vested rights, which, building thereon, were adopted by the European Union,

-- the European Convention of 20 April 1959 on mutual assistance in criminal matters,

-- the Additional Protocol of 17 March 1978 to the European Convention on mutual  
assistance in criminal matters,

-- the Agreement of 23 December 1988 between the Federal Republic of Germany and  
the Republic of Austria concerning mutual assistance in the event of disasters or serious ac-  
cidents --

Have agreed as follows:

PART I. TREATY OBJECT, RELATIONSHIP TO OTHER ARRANGEMENTS, AUTHORITIES

*Article 1. Treaty object*

The Contracting States wish to strengthen their cooperation in averting dangers to pub-  
lic security or order, in particular in seeking to prevent and to prosecute criminal acts.

*Article 2. Relationship to other arrangements*

(1) Unless this Treaty expressly stipulates otherwise, the cooperation takes place in the  
context of the domestic law of the Contracting States and of the international obligations of  
the Contracting States.

(2) The domestic duty to inform the national political central authority and the methods  
of international cooperation in the area of combating crime through national central author-  
ities, in particular in the context of the International Criminal Police Organization (ICPO-  
INTERPOL), shall not be affected by this Treaty.

*Article 3. Authorities, border areas*

(1) Authorities in the meaning of this Treaty are:

On the side of the Federal Republic of Germany:

- the police authorities of the federal government and the states (hereinafter "police authorities") and
- the public prosecution departments and courts (hereinafter "judicial authorities"),

On the side of the Republic of Austria:

- the Federal Minister of Internal Affairs, the security authorities, the federal police head office, and outside of the sphere of operation of the federal police administration, the county administrative authorities (hereinafter "police authorities"), and
- the Federal Minister of Justice, and the public prosecution departments and courts (hereinafter "justice authorities").

(2) Border areas in the meaning of this Agreement are:

In the Federal Republic of Germany:

- in Baden-Wuerttemberg, the Freiburg, Stuttgart, and Tübingen administrative districts,
- in Bavaria, the Schwaben, Upper Bavaria, and Lower Bavaria administrative districts,

In the Republic of Austria:

- the local spheres of responsibility of the security authorities for the federal states Vorarlberg, Tyrol, Salzburg, and Upper Austria.

A railway train on the route segment from the state border to the first regularly scheduled station stop shall also be considered as a border area. The same applies to excursion ships traveling to the next berth.

(3) The authorities of the Contracting States shall inform each other regarding the relevant domestic distribution of responsibility regarding border-crossing cooperation and changes in the designation of the authorities.

## PART II. GENERAL FORMS OF COOPERATION

### *Article 4. General measures of cooperation*

The authorities of the Contracting States in the context of their respective jurisdictions shall take all appropriate measures to strengthen the cooperation. In particular, the authorities shall endeavor:

1. To intensify the exchange of information and the communication structures, by:

- providing each other with information regarding the facts of the case, perpetrator associations, and typical perpetrator behavior, without furnishing personal data,
- directly informing each other as promptly as possible regarding impending events and actions that are relevant to the police, without furnishing personal

data, so that the necessary actions can be taken in time to prevent dangers to the public safety or order,

- informing each other regarding important information, with the exception of personal data, for the planning of actions during regular operations and for special occasions, and for this purpose, as a precaution, also conveying information regarding events whose effects could extend to the territory of the other Contracting State,
- maintaining and updating joint records containing information regarding jurisdictions and accessibilities,
- maintaining radio links through the exchange of devices and conversion to standard European equipment and frequencies, and jointly preparing suggestions for a cost-effective implementation aiming at improving telecommunications opportunities, in particular the radio traffic along the border;

2. To intensify the cooperation in operations, in criminal investigations for prosecuting criminal acts, and in preventing dangers, by:

- deploying forces in the opposite border areas, if possible with prior planning,
- forming joint operation leadership teams and command stations, as necessary,
- forming joint operation groups in accordance with article 19, as necessary,
- forming joint investigatory groups in accordance with the Framework Resolution of the Council of the European Union of 13 June 2002 on joint investigatory groups,
- planning and carrying out joint programmes for preventing criminal acts, as necessary,
- conducting consultations regularly and as necessary in order to monitor the quality of the cooperation, to discuss new strategies, to coordinate operations, searches, and patrol plans, to exchange statistical data, and to coordinate work programmes,
- facilitating on both sides the auditing of courses by mutual agreement with the responsible offices,
- inviting representatives of the other Contracting State to participate in specific operations as observers.

#### *Article 5. Cooperation in training and advanced training*

To strengthen cooperation in the area of training and advanced training, the competent bodies of the Contracting States shall make available to each other by mutual agreement the syllabi of training and advanced training courses, facilitate opportunities for staff members of the other Contracting State to participate in such events, develop joint programmes for advanced training, and conduct joint border-crossing seminars and exercises.



*Article 6. Subordination of officials to police authorities*

(1) In the event of urgent need, in order to prevent dangers to public safety or order and to prosecute criminal acts, officials of the police authorities of one Contracting State may, as an exception, be subordinated to the competent offices of the other Contracting State in the exercise of police duties, including sovereign powers.

(2) The subordination presupposes that agreement is achieved between the competent offices of the two Contracting States.

(3) In the prevention of dangers to public safety or order, an urgent need exists in the meaning of paragraph 1 in particular if the success of a necessary police operation would be impossible or seriously endangered without the deployment of officials in accordance with paragraph 1, and in the prosecution of criminal acts, if the investigation would be pointless or substantially more difficult without the deployment of officials in accordance with paragraph 1.

(4) The officials subordinated in accordance with paragraph 1 may only exercise sovereign powers under the leadership and, as general rule, in the presence of officials of the other Contracting State. In this context, they are bound by the law of the other Contracting State. The Contracting State to which an official is subordinated shall be accountable for the actions of that official.

*Article 7. Cooperation upon request*

(1) The authorities of the Contracting States shall render each other assistance upon request with their jurisdictions.

(2) The police authorities shall render each other assistance in accordance with article 39 paragraph 1 clause 1 SDÜ, through:

- ascertaining ownership and registration as well as driver and operator information for road vehicles, water craft, and aircraft,
- providing information regarding driver's licenses, ship operator licenses, and comparable permissions,
- ascertaining residence and domicile,
- ascertaining residence permissions,
- ascertaining information on telephone subscribers and owners of other telecommunications devices,
- ascertaining identity,
- investigating the origins of objects, for example, weapons, motor vehicles, and water craft (history of sale queries),
- providing police information from data collections and police documents and as well as information from publicly available official databases,
- providing urgent reports on narcotics, weapons, and explosives as well as notifications regarding currency and securities counterfeiting,

- furnishing information for the practical implementation of cross-border observation operations, border-crossing pursuit, and controlled deliveries,
- determining an informant's readiness to provide testimony,
- police interrogations and arrests,
- tracking, and
- planning and undertaking preliminary search operations.

(3) If the requested authority is not competent for handling the request, it shall convey the request to the competent authority. This shall apply even when the competent authority is a justice authority. The requested authority shall inform the requesting authority regarding the transfer and the authority that is competent for handling the request. The competent authority shall handle the request and convey the result back to the requesting authority.

(4) Requests from police authorities in accordance with paragraph 1 are transmitted and handled via the national central police authorities of the Contracting States. Irrespective of clause 1, requests may be transmitted and handled directly between the competent police authorities, beyond the manner stipulated in article 39 paragraph 3 clause 2 SDÜ, provided:

1. the border-crossing official correspondence relates to criminal acts in which the focal point of the act and its prosecution lies in border areas in the meaning of article 3 paragraph 2, or
2. direct cooperation due to circumstances relating to the act or the perpetrator is expedient with a view toward case consolidation, and the national central authorities have so agreed.

Article 39 paragraph 3 clause 3 SDÜ shall not be applied. The central authority must be informed if domestic law mandates notification.

(5) Article 39 paragraph 2 SDÜ shall not be applied.

### PART III. SPECIAL FORMS OF COOPERATION IN CRIMINAL LAW MATTERS

#### *Article 8. Requests for preservation of evidence in cases of imminent danger*

(1) In cases of imminent danger, requests may be submitted in accordance with domestic law for preserving evidence, including carrying out physical examinations as well as performing searches and confiscations on the part of the public prosecution department and the officials so authorized by domestic law. The requests must be submitted directly to the competent justice or police authorities.

(2) The request, including the question whether the pre-conditions for imminent danger are present, shall be processed in accordance with the law of the requested Contracting State.

(3) If the request according to paragraph 1 was not made by a justice authority, then the competent justice authority must be informed without delay regarding the submission of the request, including the specific circumstances of the case proving there to be an imminent danger.

(4) If the law of the requested Contracting State requires a judicial order for ordering or maintaining the action in the requested Contracting State, then an order or declaration of the court that is competent under the law of the requesting Contracting State shall be submitted subsequently without delay by the requesting Contracting State. The Contracting States shall inform each other regarding the relevant provisions of their domestic law.

(5) The communication of the results of the actions carried out to the requesting Contracting State shall require an official letter rogatory from the competent justice authority. If the results of the implemented actions must be communicated urgently, the requested authority may transmit the results directly to the requesting authority. If the requested authority is not a justice authority, the transmission of the results requires the prior agreement of the competent justice authority.

*Article 9. Requests for physical examinations*

(1) If the law of the requested Contracting State so permits, the Contracting States shall render each other legal assistance through physical examinations of accused as well as of other persons.

(2) Requests in accordance with paragraph 1 shall only be granted if:

1. the examination is necessary for determining facts critical to the proceeding and is appropriate in view of the gravity of the offence,
2. an examination order has been submitted by an office of the requesting Contracting State in accordance with its domestic law, or it is clear from a statement issued by a similar office that the pre-conditions for a physical examination would be present if the suspect or the other person were in the territory of the requesting Contracting State, and
3. the requesting Contracting State indicates in the request whether DNA investigations are to be carried out on the collected material in the requesting Contracting State.

*Article 10. Transmission and comparison of DNA profiles and identification samples as well as other material for identification purposes*

(1) In the course of an ongoing investigatory or criminal proceeding and in the case of missing persons or unidentified bodies, the competent offices of the Contracting States in accordance with their own domestic law shall render each other administrative and legal assistance through the comparison of DNA profiles and identification samples. The knowledge gained from this comparison shall be communicated as rapidly as possible to the competent offices of the requesting Contracting State. In this context, the INTERPOL DNA data form in its currently valid version should be used. If in order to improve the bio-statistical and evidentiary value, it should be regarded as necessary to perform a typing of the biological material, then the requesting Contracting State, if such is possible and appropriate, shall facilitate this typing of the biological material. The costs arising thereby shall be reimbursed to the requested Contracting State.

(2) If the comparison in accordance with paragraph 1 does not yield a match, the requested Contracting State shall store the DNA profile or identification sample that was transmitted in order to carry out the comparison in accordance with paragraph 1 in its database in accordance with its domestic law, if the requesting Contracting State so requests.

(3) If there is no DNA profile or identification sample of a specific person residing in the requested Contracting State, then the requested Contracting State shall provide administrative and legal assistance by obtaining and investigating DNA material from this person and shall transmit the collected DNA profile or identification sample, provided:

1. the requesting Contracting State communicates the purpose for which this is necessary, and
2. the requesting Contracting State presents to the competent office a search warrant or declaration as required by its domestic law, from which it is clear that the pre-conditions for obtaining and investigating DNA material exist, provided the person is on the territory of the requesting Contracting State, and
3. the pre-conditions for obtaining and investigating DNA material exist in accordance with the law of the requested Contracting State.

The costs arising thereby shall be reimbursed to the requested Contracting State.

(4) Requests may also be conveyed through the competent police authorities of both Contracting States and may be responded to in the same way.

#### *Article 11. Border-crossing observation*

For border-crossing observations, article 40 SDÜ shall apply, with the following amendments:

1. In the context of an investigatory proceeding, the competent officials may observe a person who may seriously be assumed to be able to identify or locate a person that is suspected of being a participant in a criminal act that is subject to extradition. Clause 1 may also be applied in cases in which, due to the special urgency of the matter, the prior agreement of the other Contracting State cannot be obtained. Irrespective of the provision in number 9, the subsequent proceeding shall be governed by article 40 paragraph 2 SDÜ.

2. A border-crossing observation is also permissible for purposes of executing a legally obtained incarceration order, provided it may be anticipated that the incarceration order to be executed or the sum of incarceration orders to be executed amount to a minimum of four months.

3. In the Federal Republic of Germany, requests to the public prosecution departments are to be addressed and submitted directly to the local court in whose jurisdiction the border crossing is expected to occur. If it is known that a different public prosecution department than the one designated in clause 1 is already conducting a proceeding in the same matter, then the request is to be directed to this public prosecution department.

4. In the Republic of Austria, requests for authorization are to be addressed and submitted directly to the court of first instance in whose district the border is expected to be crossed.

5. The request may also be transmitted via the national central authority or via the police authorities leading the operation.

6. In addition to the national central authority, a copy of the request must at the same time be addressed:

In the Federal Republic of Germany:

- to the Baden-Wuerttemberg state administration of justice and the Bavarian state administration of justice, provided they have not generally, or in the specific case, waived the receipt of the copy,
- to the Baden-Wuerttemberg state criminal investigation department in Stuttgart and the Bavarian state criminal investigation department in Munich,
- to the customs criminal department in Cologne,

provided it is a matter of the local jurisdiction of the aforementioned authorities and, in the case of the customs criminal department, its jurisdiction over the subject matter,

In the Republic of Austria:

- to the court of first instance, in whose district the border is expected to be crossed,
- to the security authority for the federal states Vorarlberg, Tyrol, Salzburg, and Upper Austria,
- to the financial penalty authorities of first instance (customs investigations) that are competent in customs matters in the federal states Vorarlberg, Tyrol, Salzburg, and Upper Austria,

provided that it is a matter of the local jurisdiction of the aforementioned authorities and, in the case of financial penalty authorities, their jurisdiction over the subject matter.

7. A border crossing in cases of observation in accordance with article 40 paragraph 2 clause 1 SDÜ must be communicated without delay:

In the Federal Republic of Germany:

- to the Baden-Wuerttemberg state criminal investigation department in Stuttgart and the Bavarian state criminal investigation department in Munich,
- to the South border protection headquarters, and
- to the federal border protection departments in Stuttgart and Munich,

provided it is a matter of the local jurisdiction of the aforementioned authorities,

In the Republic of Austria:

- to the security authorities for the federal states Vorarlberg, Tyrol, Salzburg, and Upper Austria,

provided it is a matter of the local jurisdiction of the aforementioned authorities.

The notification in accordance with article 40 paragraph 2 clause 1 letter a in connection with paragraph 5 SDÜ should be carried out without delay via the offices cited in clause 1. The ex post facto request in accordance with article 40 paragraph 2 clause 1 letter b SDÜ shall be transmitted in accordance with numbers 4 to 6.

8. Permission for border-crossing observation shall extend over the entire territory of the Contracting State granting the permission.

9. A border-crossing observation in accordance with article 40 paragraph 2 SDÜ for purposes of prosecuting criminal offences is also permissible in the case of suspicion of a criminal act that is not listed in article 40 paragraph 7 SDÜ, provided it is a question of a criminal act that is subject to extradition in accordance with the law of the requested Contracting State.

10. Changes in the jurisdictions in accordance with numbers 4 to 8 shall be communicated to the other Contracting State.

11. If the observed person is caught in the act of committing a crime that is subject to extradition in accordance with the law of the Contracting State on whose territory the observation is being conducted, the observing officials, serving under the leadership of the requested Contracting State, shall be permitted to arrest the person. The arrested person may only be subjected to a security examination with a view towards his or her appearance before the competent officials of the requested Contracting State. Handcuffs may be used during the transport of the person. Objects found on the person in question may be temporarily safeguarded until the arrival of officials of the competent authorities of the requested Contracting State. A criminal act in the meaning of clause 1 also includes criminal participation in a criminal act.

12. The necessary technical means may be used by officials of one Contracting State on the territory of the other Contracting State, provided this is permissible in accordance with the latter's domestic law and the official leading the investigation from the Contracting State on whose territory the technical means are to be used has agreed to their use in the specific case. The Contracting States shall inform each other regarding the technical means that are carried in an individual case.

13. Entering residences and property that is not publicly accessible is not permitted. Publicly accessible working, factory, and business premises may be entered during working, factory, and business hours.

#### *Article 12. Pursuit*

(1) For border-crossing pursuit, article 41 SDÜ shall apply with the following modifications:

1. In addition to the purposes cited in article 41 paragraph 1 SDÜ, a border-crossing pursuit in the context of the domestic law of the Contracting State governing this case is also permissible in pursuing persons who have escaped from custody within a distance of no more than 150 kilometres from the border for the purpose of conducting a police search for a person who is suspected of committing a criminal act subject to extradition or who has been sentenced to a punishment involving the loss of freedom, that appears to be subject to extradition.
2. The pursuit may also take place over air and water borders.
3. The pursuing officials shall exercise the right of pursuit for purposes cited in number 1 and in article 41 paragraph 1 SDÜ on the territory of the other Con-

tracting State without spatial or temporal restriction for all criminal acts subject to extradition, permission being granted for arrest in accordance with article 41 paragraph 2 letter b SDÜ.

4. Article 11 number 2 applies accordingly.
5. Entering residences and property not publicly accessible is not permissible. Publicly accessible working, factory, and business premises may only be entered during working, factory, and business hours.

(2) In the event of a border-crossing pursuit, the following must be notified:

In the Federal Republic of Germany:

- in Baden-Wuerttemberg, the Lake Constance water police station and the Friedrichshafen police, the South border protection headquarters, the federal border protection departments in Stuttgart and Weil am Rhein,
- in Bavaria, the Passau (Danube) water police headquarters/water police station, the Kempton police station in Allgäu, Weilheim, Rosenheim, Traunstein, and Passau (Danube), the South border protection headquarters, and the Munich federal border protection department,
- and the customs criminal investigation department,

provided it is a matter of the local jurisdiction of the aforementioned authorities and, in the case of the customs criminal investigation department, its jurisdiction over the subject matter;

In the Republic of Austria:

- the security authorities for the federal states Vorarlberg, Tyrol, Salzburg, and Upper Austria,
- the financial penalty authorities of first instance (customs investigations) that are competent in customs matters for the federal states Vorarlberg, Tyrol, Salzburg, and Upper Austria,

provided it is a matter of the local jurisdiction of the aforementioned authorities and, in the case of the financial penalty authorities, their jurisdiction over the subject matter.

Changes to these jurisdictions are to be communicated in writing to the other Contracting State.

### *Article 13. Controlled delivery*

(1) Upon request, the requested Contracting State may give permission for controlled import, controlled transit, or controlled export, specifically in the case of illegal trade in narcotics, weapons, explosives, counterfeit money, stolen property, fenced goods, and money laundering, if the requesting Contracting State indicates that, without this measure, the tracing of accomplices and other participants in the crime or the discovery of distribution paths would be impossible or significantly more difficult.

(2) The authorization shall extend over the entire territory of the requested Contracting State. The execution of the controlled delivery shall be governed by the provisions of this

Treaty and, provided no arrangements are stipulated in the Treaty, in accordance with the domestic law of the requested Contracting State.

(3) The goods subject to controlled delivery, by mutual agreement of the Contracting States, may be intercepted and released for further transport in such a way that they are not touched, are removed, or are completely or partially replaced. If the goods in question represent a specific risk for the persons participating in the delivery or for the general public, the requested Contracting State may grant the request under additional conditions, or it may refuse it.

(4) Subject to an agreement in accordance with paragraph 5, the requested Contracting State shall take responsibility for monitoring the delivery during the border crossing or at an agreed-upon transfer point so as to avoid interrupting the control function. During the further course of the delivery, the requested Contracting State shall maintain continual surveillance of the delivery such that at every moment it has the opportunity of seizing the perpetrators or the goods. Officials of the requesting Contracting State may by mutual agreement with the requested Contracting State accompany the controlled delivery after the handover along with the accepting officials of the requested Contracting State.

(5) Deviating from paragraph 4 clause 3, the competent authorities of the Contracting States may agree in an individual case that officials of the requesting Contracting State carry out the action along with the requested Contracting State under the supervision of an official of the requested Contracting State who is present on the territory of the latter, provided that at the time of the submission of the request in accordance with paragraph 1 by reason of specific facts there are grounds for the assumption that the controlled delivery, after arrival in the territory of the requested Contracting State, will be taken from the latter to the territory of the requesting Contracting State, or provided the requested Contracting State declares that it is not able to carry out the action for compelling reasons. The facts and reasons cited in clause 1 must be indicated in the request according to paragraph 1. The officials of the requesting Contracting State are in any case bound to the provisions of this article and to the law of the requested Contracting State; they must follow the orders of the official of the requested Contracting State.

(6) Requests for controlled deliveries that begin, or are continued, in a third-party state, shall only be granted if the pre-conditions in accordance with paragraphs 1 and 2 are also to be guaranteed by the third-party state.

(7) Article 11 numbers 8 and 11 to 13 of this Treaty as well as article 40 paragraph 3 letters a through c, g and h SDÜ shall apply accordingly.

(8) Requests for controlled import and transit should be directed to the authorities cited in article 11 numbers 3 and 4. Requests for controlled export should be directed:

- in the Federal Republic of Germany, to the public prosecution department in whose district the transport commences,
- in the Republic of Austria, to the national central authority or, assuming simultaneous communication with the national central authority, to the public prosecution department in whose district the transport commences.



*Article 14. Undercover investigations for the purpose of criminal prosecution*

(1) Upon request, the requested Contracting State may give permission for undercover investigations to be carried out on its territory by officials of the requesting Contracting State, who will have the position of undercover investigators in accordance with the law of the requesting Contracting State, provided that the requesting Contracting State represents that, without this measure, it would be impossible or significantly more difficult to uncover the facts of the case. The grant of such a request, which results in agreeing to an undercover investigation, shall extend over the entire territory of the requested Contracting State.

(2) The other pre-conditions for undercover investigations, in particular the conditions under which undercover investigators are employed, shall be governed by the law of the requested Contracting State. The requested Contracting State may also stipulate standards for the use of the information gathered from undercover investigations. The Contracting States shall inform each other regarding the specific pre-conditions for carrying out undercover investigations in accordance with their domestic law.

(3) Undercover investigations on the territory of the requested Contracting State shall be limited to individual actions that are limited in time, as must be indicated in the request in accordance with paragraph 1. If it is clear at the time the request is submitted that the undercover investigations shall extend over a specific period of time, the undercover investigations may initially be approved for up to one month. An extension of the permission, which may be combined with a modification in the originally granted permission, may be granted. The anticipated duration of the undercover investigations must also be indicated in the request in accordance with paragraph 1. The authorities of the requesting Contracting State shall come to an agreement with the competent authorities of the requested Contracting State while preparing the action.

(4) The leadership of the operation shall fall to an official of the requested Contracting State; the requested Contracting State shall be responsible for the actions of the officials of the requesting Contracting State. The requesting Contracting State may request termination of the undercover investigations at any time.

(5) The requested Contracting State shall undertake the necessary measures to support the requesting Contracting State in the implementation in terms of personnel, logistics, and technical means and to protect the officials of the requesting Contracting State during the operation on the territory of the requested Contracting State.

(6) If due to special urgency the request in accordance with paragraph 1 cannot be submitted before the border crossing and there is serious reason to fear that, without border-crossing undercover investigations, the identity of the officials involved would be discovered, the undercover investigators may operate on the territory of the other Contracting State as an exception without prior permission, provided the other pre-conditions for the operation of undercover investigators on the territory of the other Contracting State are met. The insertion of such undercover investigators must be communicated without delay to the authority of the other Contracting State as designated in paragraph 9. A request in which the reasons are also presented justifying the use of undercover investigators without prior agreement must subsequently be submitted without delay. The activities of the undercover

investigator must in these cases be limited to the level that is absolutely necessary for maintaining the cover.

(7) Article 8 paragraphs 1 and 4 shall apply accordingly.

(8) Technical means that are necessary for securing the operation may be carried, unless the Contracting State on whose territory the undercover investigation is being carried out expressly forbids this. Otherwise, article 11 number 12 shall apply accordingly.

(9) The request must be submitted to the national central authority, along with the simultaneous notification by the national central authority of the public prosecution department of the requested Contracting State, which would be competent for the order or for an agreement to carry out an undercover investigation if the undercover investigation were being carried out by the authorities of the requested Contracting State. In cases in which undercover investigations in the Federal Republic of Germany are anticipated to be limited to the border areas in accordance with article 3 paragraph 2, copies of the request must also be directed to the competent Baden-Wuerttemberg and Bavarian state criminal investigation departments, along with the simultaneous notification of the national central authority.

(10) The competent authorities of the Contracting State on whose territory undercover investigators are to be used must be informed in writing without delay concerning the execution and the results of the undercover investigation.

(11) The Contracting States may make available to each other undercover investigators who act on behalf and under the leadership of the competent authorities of the other Contracting State.

*Article 15. Information transmission for criminal prosecution without request*

The authorities of the Contracting States may in individual cases in accordance with their domestic law communicate information, including personal data, to each other without a formal request, provided grounds exist to believe that the knowledge of the information is necessary for prosecuting criminal acts by the recipient. The recipient is obligated to verify the necessity for the transmission of the data and to delete, destroy, or return to the transmitting office all non-essential data, as well as to inform the transmitting authority if the information turns out to be incorrect.

PART IV. SPECIAL FORMS OF COOPERATION IN THE PREVENTION OF DANGER BY POLICE

*Article 16. Observation for the prevention of danger by police*

(1) In the context of the domestic law of the Contracting State applicable in an individual case, border-crossing observation is permissible as an exception for purposes of preventing a criminal act that is subject to extradition:

1. with prior agreement, provided the competent authority of the Contracting State on whose territory the observation is to be made declares that it cannot carry out the operation,
2. without prior agreement, in cases of special urgency.

The observation is only permissible if the request is not submitted in the context of an investigation proceeding and if the purpose of the observation cannot be achieved by taking over the operation by officers of the other Contracting State or by forming joint observation groups. The observing officials shall be subject to the leadership of the Contracting State on whose territory the observation is to be made.

(2) For observations in accordance with paragraph 1, the following provisions shall apply accordingly:

- article 40 paragraph 2 SDÜ with the exception of the restricting reference to article 40 paragraph 7 SDÜ,
- article 40 paragraph 3 letters a to d and g SDÜ,
- article 40 paragraph 4 SDÜ,
- article 11 numbers 8 and 11 to 13.

(3) Requests in accordance with paragraph 1 and communications in accordance with paragraph 2 are to be directed:

In the Federal Republic of Germany:

- to the Baden-Wuerttemberg state criminal investigation department in Stuttgart and the Bavarian state criminal investigation department in Munich,
- to other police authorities of the federal states,
- to the South border protection headquarters and the federal border protection authorities of Stuttgart, Munich, and Weil am Rhein,

provided it is a matter of the local and object-related competence of the aforementioned authorities,

In the Republic of Austria:

- to the competent security authorities.

Article 7 paragraph 3 clauses 1, 3, and 4 apply accordingly.

*Article 17. Pursuit for purposes of prevention of danger by police*

(1) In the context of the domestic law of the Contracting States applicable in an individual case, border-crossing pursuit is permissible for prosecuting persons who have avoided a border check according to article 2 paragraph 2 SDÜ.

(2) Pursuit is also permissible if a person has eluded a police or customs-official check within a distance of no more than 150 kilometres from the border, provided that clear signs to stop were ignored and as a consequence public safety is endangered.

(3) The pursuing officials must communicate with the competent office of the other Contracting State without delay, if possible even before the border crossing. The pursuit is to be aborted if so ordered by the competent authority of the state on whose territory the pursuit is being carried out or if the continuation of the operation would lead to a concrete endangerment of life and limb or the health of the pursued person or a third party, and this endangerment is clearly greater than the danger to be prevented.

(4) For such pursuits, the following provisions shall apply accordingly:

- article 41 paragraph 1 SDÜ,
- article 41 paragraph 2 letter b SDÜ,
- article 41 paragraph 3 letter b SDÜ,
- article 41 paragraph 5 letters a and c through g SDÜ,
- article 11 number 11,
- article 12 paragraph 1 number 2,
- article 12 paragraph 2.

*Article 18. Undercover investigations for prevention of danger by police*

(1) If the domestic law in question so permits, undercover investigations may be extended for the purpose of preventing intentional criminal acts that are subject to extradition, and not only those being prosecuted on request, which are of significance on the territory of the other Contracting State, provided the latter has agreed to the border-crossing undercover investigation on the basis of a previously submitted request.

(2) Article 14 paragraphs 1 to 6, 8, 10, and 11 and article 16 paragraph 3 apply accordingly, provided that the national central authority is informed at the same time.

*Article 19. Joint forms of operation for the prevention of danger by police*

To intensify the cooperation, the competent authorities of the Contracting States may form joint patrols, jointly occupy checkpoint, evaluation, and observation groups as well as other joint forms of operation for the prevention of danger by police, in which officials of one Contracting State participate during operations on the territory of the other Contracting State. Domestic authorization may only be granted in this context under the leadership and generally in the presence of officials of the state on whose territory the operation is being carried out. Article 6 paragraph 4 clauses 2 and 3 shall apply accordingly.

*Article 20. Information exchange for the prevention of danger by police*

The competent police authorities of the Contracting States may in individual cases communicate information, including personal data, to each other even without a request in accordance with their domestic law, provided sufficient evidence exists to suppose that knowledge of this information is required for the recipient to prevent dangers to the public safety or order. Article 15 paragraph 2 applies accordingly.

*Article 21. Border-crossing prevention of danger by police*

(1) Officials of the police authorities of one Contracting State (hereinafter "intervening officials") may in cases of urgent necessity cross the common border without the prior agreement of the other Contracting State in order, in the area near the border on the territory of the other Contracting State in accordance with the domestic law of the other Contracting State, to carry out preliminary measures that are required for the prevention of a present danger to life or limb.

(2) An urgent necessity in the meaning of paragraph 1 shall exist only if the danger threatens to be realized if it is necessary to wait for officials of the other Contracting State to intervene or for an agreement in the meaning of article 6 paragraph 2 to be obtained.

(3) The intervening officials must inform the other Contracting State without delay. The other Contracting State must without delay undertake their necessary measures that are required for preventing the danger and for handling the situation. The intervening officials may only be active on the territory of the other Contracting State until the other Contracting State has carried out the necessary measures for preventing the danger. The intervening officials shall be bound by the instructions of the other Contracting State.

(4) The Contracting States shall reach a separate agreement as to which offices in accordance with paragraph 3 are to be informed without delay. The intervening officials shall be bound by the provisions of this article and by the law of the Contracting State on whose territory they are active.

(5) The other Contracting State shall be responsible for the actions of the intervening officials.

*Article 22. Providing assistance in the case of major events, disasters, and serious accidents*

The competent authorities of both Contracting States shall support each other in accordance with their domestic law in the event of mass rallies and similar major events, disasters, and serious accidents, by:

1. informing each other as promptly as possible regarding any such events having widespread border-crossing consequences,
2. undertaking and coordinating police operations that are necessary on their own territory in situations having border-crossing consequences,
3. providing all manner of assistance by sending specialists and consultants as well as by making equipment available, upon the request of the Contracting State on whose territory the situation arose.

Otherwise, the Agreement of 23 December 1988 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding the mutual provision of assistance in the event of disasters or serious accidents and the Agreement concluded through an exchange of notes of 1 July/3 August 1993 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Austria regarding questions of common interest in connection with nuclear safety and radiation protection remain unaffected.

*Article 23. Establishing special control locations*

(1) A special control location may be set up on the territory of the other Contracting State, provided that:

1. no suitable site is available on its own territory,
2. this is necessary for carrying out a border check in accordance with article 2 paragraph 2 SDÜ, and

3. the competent authorities of the other Contracting State have agreed to the measure in this specific case.

(2) The special control location should be as close as possible to the border and may not be further than five kilometres from the border.

(3) The agreement in accordance with paragraph 1 may include conditions. The operation must be terminated upon the request of the competent office of the state on whose territory the operation is being carried out.

(4) The border check must be carried out exclusively in accordance with the law and by the officials of the Contracting State that has ordered the check in accordance with article 2 paragraph 2 SDÜ. However, officials of both Contracting States may be present at special control locations.

(5) The competent offices of the Contracting States shall keep lists of sites on their territory that are suitable for setting up a special control location, they shall exchange these lists, and they shall inform each other without delay regarding changes.

(6) Otherwise, article 1 paragraph 1, article 4 paragraphs 5 and 7, article 5, article 6 paragraph 2, article 7, article 9, article 10 paragraph 1, article 12 paragraph 1, article 13 paragraph 1, paragraph 2 clause 1 and paragraphs 3 and 4, article 14, article 19, and article 20 of the Agreement of 14 September 1955 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding facilitating border clearance for railway, road, and ship traffic, amended by the Agreements of 21 January 1975, 16 September 1977, and 30 July 1990 modifying the Agreement of 14 September 1955 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding facilitating border clearance for railway, road, and ship traffic accordingly.

#### PART V. GENERAL PROVISIONS FOR COOPERATION

##### *Article 24. Jointly maintained centres*

(1) The Contracting States may establish jointly maintained centres for the exchange of information and the support of their authorities.

(2) In the jointly maintained centres, officials of the authorities of both Contracting States shall work together in close proximity within their specific jurisdictions, so as to exchange, analyze, and relay information in matters concerning the jurisdiction of the authorities in the border areas cited in article 3 paragraph 2, and to cooperate supportively in coordinating border-crossing cooperation in accordance with this Treaty. For transmitting personal data, articles 7, 15, and 20 shall apply.

(3) The support function may also include preparing for and participating in the repatriation of third-party citizens on the basis of the agreements in effect between the Contracting States.

(4) The jointly maintained centres shall not be obliged to carry out operational actions autonomously. The officials in the jointly maintained centres shall be subject to the instructions and disciplinary power of their respective national authorities.

(5) In the jointly maintained centres, the officials shall be able to carry out non-operational actions that go beyond the tasks as defined in paragraphs 1 to 3, in particular actions having to do with publicity, training, and advanced training, which impact the authorities that sent them, provided in so doing the rights of third parties are not affected.

(6) The number and location of the jointly maintained centres as well as the details of their cooperation and the uniform distribution of costs shall be regulated in separate agreements.

(7) The authorities of one Contracting State may participate in jointly maintained centres that the other Contracting State operates along with a common neighbouring state, if and only if the other Contracting State and the neighbouring state agree to such a participation. The details of the cooperation and the distribution of costs shall be regulated between all participating states.

#### *Article 25. The use of air and water craft*

(1) Air and water craft may be used in border-crossing operations in accordance with this Treaty.

(2) In border-crossing operations in accordance with paragraph 1, in the case of day-time flights on the basis of contact flight rules, the obligation to file flight plans shall not apply. Flights on the basis of instrument flight rules shall be carried out in controlled airspace. They shall be monitored by the competent air traffic control station. For this purpose, before the beginning of the flight segment on the basis of instrument flight rules, the necessary flight plan data must be transmitted to the competent air traffic control office. The same applies to nighttime flights on the basis of contact flight rules.

(3) Operational flights according to paragraph 1 shall be subject, provided paragraph 2 does not stipulate otherwise, to the air traffic provisions of law in effect in the individual Contracting States. In the context of accomplishing tasks in accordance with this Treaty, aircraft may also take off and land outside of air strips, provided that this is necessary for carrying out operations and that public peace, security, and order are observed.

(4) The aircraft must be authorized in the state of origin for the specific type of action.

(5) In their use of water craft, the officials shall be exempt from the traffic ordinances for travel on inland waters to the same degree as the police authorities of the Contracting State on whose territory they are being used. The water craft being used shall be authorized to bear the designation for craft of the supervising authorities. The officials shall also be authorized to issue orders, with the exception of nautical instructions, provided this is urgently recommended for carrying out the tasks cited in paragraph 1 and the safety of the ship and of persons is not impacted.

#### *Article 26. Data Protection*

(1) Data protection shall be assured in its area of application in accordance with articles 126 through 130 SDÜ and, provided no regulations are contained there, in accordance with the Agreement regarding mutual legal assistance in criminal matters between the member states of the European Union. This shall also apply to personal data that has been collected

as a result of border-crossing activity on the territory of the other Contracting State. In this context, the specific conditions stipulated by the requested Contracting State in connection with the border-crossing measure must be observed.

(2) Officials active on the territory of the other Contracting State may be granted access to official collections of personal data by this Contracting State only under the supervision of one of its officials.

*Article 27. Authority and legal status of officials of the other Contracting State*

(1) Officials of one Contracting State residing on the territory of the other Contracting State in the context of the cooperation according to this Treaty shall not be granted any sovereign powers, provided this Treaty does not stipulate otherwise. In all actions, they shall be bound by the domestic law of the other Contracting State. Article 23 shall remain unaffected thereby.

(2) Officials of one Contracting State who are sent on the basis of this Treaty to an administrative agency of the other Contracting State are liaison officials in the meaning of article 47 SDÜ or of article 125 SDÜ. Their status may be derived from article 47 paragraph 3 SDÜ or article 125 paragraph 3 SDÜ, provided this Treaty does not stipulate otherwise.

(3) Officials of one Contracting State residing on the territory of the other Contracting State in the context of the cooperation according to this Treaty may wear their national uniforms. They may carry their service weapons, means of coercion, and other equipment. The service weapons may only be used in self-defense, including emergency assistance, provided the liaison official of the Contracting State on whose territory the operation is occurring expressly approves for the individual case a use of service weapons that goes beyond domestic law. In the cases of articles 11, 12, 16, and 17, no approval is required. The competent offices shall inform each other regarding the service weapons and means of coercion that are approved in each case.

(4) If officials of one Contracting State in actions taken according to this Treaty on the territory of the other Contracting State use motor vehicles, water craft, or aircraft, they shall be subject to the same traffic law provisions as the officials of the other Contracting State. Irrespective of the regulation in article 29 paragraph 1 clause 2, the aforementioned applies in particular to claiming special rights and rights-of-way. The Contracting States shall inform each other regarding the legal situation obtaining in each case.

*Article 28. Legal status of the officials in the area of criminal law*

The officials that act in accordance with this Treaty on the territory of the other Contracting State shall be held to be equal to the officials of the other Contracting State with respect to any criminal acts that they commit or that are committed against them.

*Article 29. Border crossings*

(1) Provided it is necessary for traffic purposes, the officials of one Contracting State may, for purposes that are regulated in this Treaty, travel on the territory of the other Con-



tracting State in order to reach their own territory over the shortest possible route. If it is absolutely necessary, as an exception, special rights and rights-of-way may be claimed. In the cases of clause 2, the competent authorities of the Contracting State in which the special rights and rights-of-way are being claimed must be informed without delay. For border crossings, article 6, article 7 paragraph 1, and articles 9 through 11 of the Treaty of 21 December 1993 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding transit traffic of police officers and the transportation of prisoners are to be applied with the condition that the territory of the other Contracting State may be traveled on even outside of the transit routes that are established by the agreement designated in article 3 paragraph 1 of the aforementioned Treaty.

(2) Officials of one Contracting State, for actions that they may perform in accordance with domestic law on the route segments, situated on their own territory, of border-crossing excursion trains or passenger ships, shall be permitted to board the train or ship while it is still on the territory of the other Contracting State or to disembark there after the termination of the operation. If a control operation already begun on their own territory in accordance with domestic law, in particular the surveillance of a person or a thing, cannot be concluded within the border area in the meaning of article 3 paragraph 2 clause 2, and it is anticipated that the purpose of the action will not be achieved otherwise, then said control operation may be continued on the territory of the other Contracting State for as long as this is absolutely necessary in order to conclude the operation. If other operations are necessary, the regulations applying in that case shall be unaffected. Otherwise, the provisions of the Agreement of 14 September 1955 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding facilitating border clearance for railway, road, and ship traffic, amended by the Agreements of 21 January 1975, 16 September 1977, and 30 July 1990 for amending the Agreement of 14 September 1955 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding facilitating border clearance for railway, road, and ship traffic shall be unaffected thereby.

*Article 30. Surrender of persons at the border*

(1) The surrender of persons at the border between the Contracting States may also take place at suitable locations in the vicinity of the border or at airports, provided the competent authorities of the Contracting State on whose territory the surrender is to take place agree to this surrender in the individual case. The surrender must take place at a location that is appropriate, and facilities must exist there for a secure surrender.

(2) The provisions of article 6 paragraph 1 and of articles 9 through 13 of the Treaty of 21 December 1993 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria concerning the transit of law enforcement officers and the conveyance of prisoners shall apply accordingly to the transporting of persons from the border to the transfer location in the other Contracting State or from the transfer location in the Contracting State to the border.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall maintain lists of sites and facilities situated on their territory that are suitable for the surrender of persons, they shall exchange these lists, and they shall inform each other without delay regarding modifications thereto. The protocol for carrying out the Agreement of 16 December 1997 between

the Government of the Federal Republic of Germany and the Federal Government of the Republic of Austria regarding the repatriation of persons at the border remains unaffected.

*Article 31. Mutual assistance clause, official relationships*

(1) The Contracting States with regard to officials sent by the other Contracting State shall be obligated to provide the same protection and assistance in the execution of the official work as they do with respect to their own officials.

(2) The officials of the other Contracting State shall remain subject to the provisions in effect in their country with regard to service regulations, in particular with regard to disciplinary and liability law.

*Article 32. Liability provisions*

(1) If officials of one Contracting State are active on the territory of the other Contracting State in the framework of an operation according to articles 13 and 14 of this Treaty or in a joint investigatory group in accordance with the Framework Resolution of the Council of the European Union of 13 June 2002 regarding joint investigatory groups, the Contracting State whose officials have caused damage on the territory of the other Contracting State shall be liable for the damage caused by its officials in accordance with domestic law of the Contracting State on whose territory the damage was caused.

(2) The Contracting State on whose territory the damage cited in paragraph 1 has been caused shall make good this damage to an equal degree as it would make good the said damage if its own officials had caused it.

(3) The Contracting State whose officials have caused damage on the territory of the other Contracting State shall reimburse the other Contracting State for the entire amount of the damages which have been caused to injured persons or their legal successors.

(4) Irrespective of the exercise of its rights with respect to third parties and with the exception of paragraph 3, each Contracting State in the case cited in paragraph 1 shall waive the right to lodge a claim with the other Contracting State for the amount of the damages suffered.

(5) For making good damages that were caused by officials of one Contracting State on the territory of the other Contracting State in carrying out an action on the basis of this Treaty, article 43 SDÜ shall apply accordingly.

*Article 33. Exception clause*

If one Contracting State is of the opinion that carrying out a request or performing or permitting an action in accordance with this Treaty might tend to impair its own sovereign rights, endanger its own security or other essential interests, or violate its domestic law, it may entirely or partially refuse cooperation while observing all other international cooperation responsibilities, or it may make such observance dependent on specific conditions.

PART VI. IMPLEMENTATION AND FINAL PROVISIONS

*Article 34. Implementation agreements*

The competent agencies of the Contracting States on the basis, and in the framework, of this Treaty may conclude agreements that have as their goal administrative implementation.

*Article 35. Monitoring the realization and continued development of the Treaty*

On behalf of one Contracting State, a joint working group made up of representatives of the Contracting States shall monitor the realization of this Treaty and shall determine whether it is necessary to amend or update it.

*Article 36. Costs*

Each Contracting State shall bear the costs incurred by its authorities in the implementation of this Treaty, provided the competent authorities in each individual case, specifically in cases of subordination in the meaning of article 6, have not agreed otherwise, or provided these costs did not arise on the basis of actions taken in accordance with article 22. For the latter case, the provisions of the Agreement of 23 December 1988 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Austria regarding mutual assistance in the event of disasters or serious accidents shall be applied.

*Article 37. Incorporation of customs administration*

If the authorities of the customs administrations of the Contracting States handle tasks in connection with violations of prohibitions and restrictions on border-crossing goods traffic, in the context of this Treaty they shall be on an equal footing with the police authorities of the Contracting States in the meaning of article 3 paragraph 1.

Competent officials are:

On the side of the Federal Republic of Germany:

- the officials of the customs administration that are employed as auxiliary officials of the public prosecution department,

On the side of the Republic of Austria:

- employees of customs investigation departments.

*Article 38. Entry into force, termination*

(1) This Treaty is subject to ratification. The Treaty shall enter into force on the first day of the third month that follows the month in which the ratification instruments are exchanged. With the entry into force of the Treaty, the Agreement of 16 December 1997 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Austrian Federal



[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE RELATIF À LA COOPÉRATION TRANSFRONTALIÈRE AUX FINS DU MAINTIEN PAR LA POLICE DE LA SÉCURITÉ PUBLIQUE ET EN MATIÈRE DE DROIT PÉNAL

La République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche,

Soucieuses par le biais de la coopération basée sur le respect de l'autre de faire obstacle à la criminalité internationale et de prévenir les dangers transfrontaliers,

En complément

- de la Convention d'application du 19 juin 1990 de l'Accord de Schengen en date du 14 juin 1985 relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes (dénommée ci-après " CAS " ou Convention d'application Schengen) ainsi qu'en se fondant sur l'acquis de Schengen transféré à l'Union européenne,

- de la Convention européenne d'entraide en matière pénale du 20 avril 1959,

- du Protocole additionnel du 17 mars 1978 à la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale,

- de la Convention du 23 décembre 1988 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche relative à l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves,

Sont convenues de ce qui suit :

PARTIE 1. OBJET DU TRAITÉ, RELATIONS PAR RAPPORT AUX AUTRES CONVENTIONS, AUTORITÉS

*Article premier. Objet du Traité*

Les États contractants intensifient la coopération dans le domaine de la prévention des menaces pour la sécurité publique ou de l'ordre public ainsi que notamment dans ceux de la prévention et de la répression des infractions.

*Article 2. Relations par rapport aux autres conventions*

(1) Dans la mesure où le présent Traité n'en dispose pas autrement de manière expresse, la coopération se déroulera dans le cadre du droit interne respectif des États contractants ainsi que des obligations internationales des États contractants.

(2) Il n'est pas dérogé par le présent Traité aux obligations nationales d'informer l'organe central national de la police ni à la procédure en matière de coopération internationale dans le domaine de la répression de la criminalité par les organes centraux nationaux et en particulier dans le cadre de l'Organisation internationale de police criminelle (OIPC - Interpol).

*Article 3. Autorités, régions frontalières*

(1) Au sens du présent Traité, les autorités désignent

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne

- les autorités d'exécution de la police de l'État fédéral et des régions (ci-après les services de police) ainsi que
- les parquets et tribunaux (ci-après les autorités judiciaires),

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne

- le Ministre fédéral de l'Intérieur, les directions de la sûreté nationale, les directions de la police fédérale et en dehors du champ d'action des directions de la police fédérale, les autorités administratives d'arrondissement (ci-après les autorités policières) ainsi que
- le Ministre fédéral de la Justice, les parquets et tribunaux (ci-après les autorités judiciaires).

(2) Au sens du présent Traité, les régions frontalières désignent

en République fédérale d'Allemagne,

- en Bade-Wurtemberg, les circonscriptions administratives de Fribourg, de Stuttgart et de Tübingen,
- en Bavière, les circonscriptions administratives de Souabe, de Haute Bavière et de Basse Bavière.

en République d'Autriche

- les zones relevant de la compétence des directions de la sûreté des régions fédérées que sont le Vorarlberg, le Tyrol, Salzburg et la Haute Autriche.

Également considérée comme une région frontalière, le tronçon de la ligne de chemin de fer partant de la frontière de l'État jusqu'à la première gare d'arrêt prévue dans l'annuaire des chemins de fer. La région frontalière parcourue par les bateaux d'excursion naviguant pendant la journée s'étend, par analogie, entre la frontière de l'État et le prochain point d'embarquement ou de débarquement.

(3) Les autorités des États contractants s'informent mutuellement en matière de répartition des compétences sur leur territoire national dans le cadre de la coopération transfrontalière et en ce qui concerne les changements apportés aux dénominations données auxdites autorités.

PARTIE II. FORMES GÉNÉRALES DE LA COOPÉRATION

*Article 4. Mesures générales en matière de coopération*

Les autorités des États contractants prendront dans les limites de leurs responsabilités respectives toutes les mesures nécessaires pour renforcer leur coopération. Les autorités s'efforceront en particulier :

1. d'intensifier les échanges de renseignements et à renforcer les structures de communication par les moyens ci-après :

- en se communiquant mutuellement les faits, les liens existants entre les auteurs et le comportement typique de délinquants en s'abstenant de fournir des données personnelles,
  - en s'informant également directement les uns les autres et aussi rapidement que possible, en s'abstenant de fournir des données personnelles, des événements intéressant la police et des actions policières imminentes destinées à prévenir les risques pour la sécurité publique ou l'ordre public, afin que les mesures requises puissent être prises dans les délais voulus,
  - en se communiquant mutuellement les informations, les données personnelles étant ici exclues, destinées à planifier les interventions dans le service quotidien et pour des raisons particulières, en s'informant également à titre préventif des faits concernant des événements pouvant avoir des conséquences sur le territoire national de l'autre État contractant,
  - en établissant des listes communes précisant les compétences ainsi que la façon d'y accéder et en les actualisant en permanence,
  - en attendant l'adoption d'un matériel et fréquences radio unifiés couvrant l'Europe, en maintenant des liaisons par radio, notamment par l'échange de matériel, et conjointement en préparant des propositions visant une exploitation à faible coût dudit équipement et desdites fréquences en vue d'améliorer les télécommunications le long de la frontière, particulièrement par radio;
2. d'intensifier la coopération en relation avec des mesures et des enquêtes visant à prévenir les actes et les menaces d'infraction à la loi et à l'ordre, de la manière suivante :
- chaque fois que possible, en détachant du personnel dans les zones frontalières adjacentes dans le cadre d'une planification conjointe,
  - chaque fois que cela s'avère nécessaire, en établissant des centres d'opérations et des postes de commandement communs,
  - chaque fois que cela s'avère nécessaire, en créant des groupes d'intervention communs conformément aux dispositions de l'article 19,
  - chaque fois que cela s'avère nécessaire, en créant des groupes d'enquête communs conformément à la décision-cadre du Conseil de l'Union européenne du 13 juin 2002 relative aux groupes d'enquête communs,
  - en tant que de besoin, en planifiant et en mettant à exécution des programmes conjoints de prévention de la criminalité,
  - en organisant de façon régulière ou en tant que de besoin, des réunions afin d'évaluer la qualité de la coopération, d'examiner de nouvelles stratégies, de s'entendre sur des plans d'intervention, de ratissage et de patrouille, de procéder à des échanges de données statistiques et de coordonner des programmes de travail,
  - en réalisant des visites d'études réciproques avec l'accord des services responsables,
  - en invitant des représentants de l'autre État contractant à participer en tant qu'observateurs à des opérations spéciales.

*Article 5. Coopération dans le domaine de la formation de base et de la formation continue*

Dans le but de renforcer la coopération dans le domaine de formation de base et de la formation continue, les autorités compétentes des États contractants se communiquent des programmes de formation et des cours de perfectionnement, prendront les mesures nécessaires en vue d'organiser la participation mutuelle auxdits programmes et cours, mettront au point de nouveaux programmes conjoints et organiseront des exercices conjoints et des séminaires dans la région frontalière.

*Article 6. Mise d'agents à la disposition des autorités policières*

(1) En cas de nécessité impérieuse et dans le but de prévenir les menaces pour la sécurité publique et l'ordre public et de réprimer la criminalité, des agents des autorités policières d'un État contractant peuvent être mis exceptionnellement à la disposition des services compétents de l'autre État contractant pour effectuer des missions policières et exercer des compétences d'autorité.

(2) La mise à disposition présuppose l'existence d'un accord entre les services compétents des deux États contractants.

(3) Dans le cadre de la prévention des menaces pour la sécurité publique ou l'ordre public, il y a notamment nécessité impérieuse au sens du paragraphe 1 lorsque le succès d'une opération policière s'avérant nécessaire risque d'être contrecarrée ou gravement compromise sans l'intervention des agents visés au paragraphe 1, et dans le cadre de la répression de la criminalité, lorsque les enquêtes seraient vouées à l'échec ou rendues nettement plus compliquées sans l'intervention des agents visés au paragraphe 1.

(4) Les agents mis à disposition aux termes du paragraphe 1 ne peuvent exercer souverainement des fonctions qu'en étant placés sous la direction et en règle générale en présence d'agents de l'autre État contractant. Ils sont en outre soumis au droit de l'autre État contractant. La responsabilité des actes commis par les agents détachés incombe à l'État contractant auprès duquel les agents ont été mis à disposition.

*Article 7. Coopération sur demande*

(1) Les autorités des États contractants se prêtent sur demande mutuellement assistance dans les limites de leurs compétences.

(2) Les autorités policières se prêtent ainsi assistance conformément à la phrase 1, paragraphe 1, de l'article 39 de la CAS et en particulier dans les domaines suivants:

- identification des propriétaires et détenteurs ainsi que des chauffeurs et conducteurs des véhicules routiers, des bateaux et des aéronefs,
- renseignements sur les permis de conduire, patentes de navigation et autres pièces justificatives du même genre,
- données relatives aux lieux de séjour et de résidence,
- données relatives aux permis de séjour,



- données relatives aux abonnés au téléphone et aux détenteurs d'autres matériels de télécommunication,
- vérifications d'identité,
- données sur informations sur l'origine d'objets, notamment des armes, des véhicules automobiles et des bateaux (demandes de renseignements concernant les circuits de vente),
- données policières obtenues à partir de bases de données et de documents policiers et renseignements provenant de bases de données officielles accessibles au public,
- rapports urgents ayant trait aux stupéfiants, aux armes et aux explosifs et informations en matière de contrefaçon de monnaie et de timbres-poste,
- données concernant l'exécution pratique des mesures d'observations dans la région frontalière, des poursuites à travers la frontière et des livraisons contrôlées,
- données ayant trait à l'empressement d'une personne à fournir des informations,
- interrogatoires et auditions effectués par la police,
- vérification quant à l'existence de traces et
- planification et mise en oeuvre des mesures de recherche préliminaires.

(3) Si l'autorité requise pour traiter la demande s'avère incompétente, elle transmet la demande à l'autorité compétente. Il en va de même si l'autorité compétente est une autorité judiciaire. L'autorité requise informe l'autorité requérante de la transmission ainsi que l'autorité responsable chargée de traiter la demande. L'autorité compétente traite la demande et communique le résultat à l'autorité requérante.

(4) Les demandes des autorités policières sur la base des paragraphes 1 et 2 sont transmises et traitées via les services de police nationaux des États contractants. Nonobstant la phrase 1, les demandes relatives au cas visé à l'article 39, paragraphe 2, phrase 2 de la CAS peuvent être transmises et traitées directement entre les autorités policières compétentes, dans la mesure où

1. le trafic de service transfrontalier concerne des infractions dans lesquelles le centre de l'infraction et des poursuites se situe dans les régions frontalières visées au paragraphe 2 de l'article 3 ou dans la mesure où
2. une coopération directe s'avère opportune dans des cas précis en raison des interrelations avec l'infraction ou son auteur et que les organes centraux nationaux ont marqué leur accord.

L'article 39, paragraphe 3, phrase 3 de la CAS n'est pas applicable. L'organe central doit être mis au courant dans la mesure où une information est prévue dans le droit interne.

L'article 39, paragraphe 2 de la CAS n'est pas applicable.

PARTIE III. FORMES PARTICULIÈRES DE COOPÉRATION EN MATIÈRE PÉNALE

*Article 8. Demande de conservation des preuves lorsqu'il y a péril en la demeure*

(1) Lorsqu'il y a péril en la demeure, la conservation des traces et des preuves peut, dans les limites du droit interne, être demandée en ce compris des fouilles corporelles, des perquisitions et des saisies par le parquet et des agents de police habilités à cet effet en vertu du droit interne. Les demandes doivent être adressées directement à l'autorité judiciaire ou policière compétente.

(2) Le traitement de la demande de même que le contrôle destiné à vérifier si les conditions en termes de péril en la demeure sont réunies sont basés sur le droit de l'État contractant requis.

(3) Si la demande spécifiée au paragraphe 1 n'a pas été faite par une autorité judiciaire, l'autorité judiciaire compétente doit être immédiatement informée de la demande ayant été faite ainsi que des circonstances particulières des faits permettant de conclure qu'il y a péril en la demeure.

(4) Dans la mesure où le droit de l'État contractant requis exige une ordonnance judiciaire pour ordonner ou maintenir la mesure dans ledit État, une ordonnance ou une déclaration du tribunal compétent selon le droit de l'État contractant requérant sera immédiatement envoyée par ce dernier. Les États contractants s'informent mutuellement des principales dispositions impératives de leur droit interne.

(5) La communication à l'État contractant requérant des résultats des mesures ayant été mises en oeuvre exige une demande d'entraide officielle de la part de l'autorité judiciaire compétente. Si la communication des résultats des mesures mises en oeuvre nécessite l'urgence, l'autorité requise peut communiquer immédiatement les résultats à l'autorité requérante. Si l'autorité requise n'est pas une autorité judiciaire, la communication des résultats nécessite l'assentiment de l'autorité judiciaire compétente.

*Article 9. Demande de fouille corporelle*

(1) Dans la mesure où le droit de l'État contractant requis l'autorise, les États contractants se prêtent assistance en procédant à une fouille corporelle de l'inculpé ainsi que des autres personnes.

(2) Les demandes visées au paragraphe 1 ne sont autorisées que si :

1. la fouille est nécessaire pour constater des faits importants pour la procédure et est raisonnable par rapport à la gravité des faits,
2. une ordonnance de fouille est présentée au service compétent en vertu du droit interne de l'État contractant requérant ou s'il appert d'une déclaration d'un tel service que les conditions justifiant une fouille corporelle seraient réunies si l'inculpé ou l'autre personne se trouvait sur le territoire national de l'État contractant requérant, et si

3. l'État contractant requérant indique dans la demande si des recherches sur l'ADN doivent être ou non effectuées sur son territoire sur le matériau en sa possession.

*Article 10. Communication et comparaison des profils d'ADN et des spécimens d'identification*

(1) Dans le cadre d'une procédure d'enquête ou pénale en cours ainsi que dans le cas de personnes disparues ou de corps non identifiés, les services compétents des États contractants se prêtent mutuellement assistance administrative et judiciaire conformément à leur droit interne respectif en procédant à la comparaison de profils d'ADN et de spécimens d'identification. Les résultats de la comparaison sont communiqués aussi rapidement que possible aux services compétents de l'État contractant requérant. Le formulaire de données ADN d'Interpol dans sa dernière version applicable sera en l'occurrence utilisé. Si une standardisation du matériel biologique destinée à accroître la force probante biostatistique devait être jugée nécessaire, l'État contractant requis prendrait dans toute la mesure du possible et du raisonnable les dispositions nécessaires dans ce sens. Les frais engagés qui en résulteraient seraient remboursés à l'État contractant requis.

(2) Si la comparaison dont il est question au paragraphe 1 n'a donné aucun résultat probant, l'État contractant requis conserve, conformément à son droit interne, dans sa base de données les profils d'ADN ou les spécimens d'identification communiqués suivant paragraphe 1 aux fins de comparaison si l'État contractant requérant le lui demande.

(3) En l'absence de profils d'ADN ou de spécimens d'identification d'une personne déterminée séjournant dans l'État contractant requis, ce dernier prête assistance administrative et judiciaire en prélevant et en analysant le matériel génétique de cette personne et en communiquant les profils d'ADN ou les spécimens d'identification prélevés si

1. l'État contractant requérant signale la raison pour laquelle ces devoirs sont nécessaires,
2. l'État contractant requérant a présenté une ordonnance ou une demande d'information du service compétent dont il appert que les conditions nécessaires pour le prélèvement et l'analyse du matériel génétique seraient réunies si la personne en question se trouvait sur le territoire national de l'État contractant requérant et si
3. les conditions nécessaires pour prélever et analyser le matériel génétique sont réunies en vertu du droit de l'État contractant requis.

Les frais engagés qui en résulteraient seraient remboursés à l'État contractant requis.

(4) Les demandes peuvent être également communiquées par les autorités policières compétentes des deux États contractants et les réponses transmises par la même voie.

*Article 11. Observation transfrontalière*

Les observations transfrontalières sont soumises à l'article 40 de la CAS, complété par les dispositions énoncées ci-après:

1. Dans le cadre d'une procédure d'enquête, les agents compétents observent également une personne permettant sérieusement de penser qu'elle conduira à identifier ou à trouver la personne soupçonnée d'avoir participé à un fait punissable pouvant donner lieu à extradition. La première phrase s'applique également aux cas dans lesquels, en raison de l'urgence particulière de l'affaire en question, l'autorisation préalable de l'autre État contractant ne peut être obtenue. Nonobstant la disposition du point 9, le déroulement de la procédure s'effectue conformément au paragraphe 2 de l'article 40 de la CAS.

2. Une observation transfrontalière est également permise aux fins de purger une peine privative de liberté ayant force de chose jugée s'il y a lieu de s'attendre à ce que la peine privative de liberté restant encore à purger ou la somme des peines privatives de liberté restant encore à purger est d'au moins quatre mois.

3. En République fédérale d'Allemagne, les demandes d'autorisation seront adressées directement au ministère public près le tribunal compétent de la région où la frontière est supposée être traversée. Si l'on sait qu'un autre ministère public que celui mentionné à la première phrase instruit déjà cette affaire, la demande sera adressée à ce ministère public.

4. En République d'Autriche, les demandes seront adressées au tribunal de première instance compétent territorialement dans la région où la frontière est supposée être traversée.

5. Les demandes peuvent être également envoyées par l'entremise des organes centraux nationaux ou des autorités policières menant les opérations.

6. Outre les organes centraux nationaux, une copie de la demande sera simultanément envoyée :

en République fédérale d'Allemagne :

- à l'administration judiciaire du Land de Bade-Wurtemberg et à l'administration judiciaire de la Bavière, pour autant que celles-ci ne renoncent pas d'une façon générale ou ponctuelle à se faire remettre une copie,
- à la direction de la police judiciaire du Land de Bade-Wurtemberg à Stuttgart et à la direction de la police judiciaire de la Bavière à Munich,
- à la Zollkriminalamt (direction de la police judiciaire des douanes) à Cologne,

dans la mesure où l'affaire relève de la compétence des autorités précitées et que la direction de la police judiciaire soit également concernée.

en République d'Autriche :

- au tribunal de première instance compétent de la région dans laquelle la frontière est supposée être traversée,
- aux directions de la sûreté pour les régions fédérées du Vorarlberg, du Tyrol, de Salzburg et de la Haute Autriche,
- aux autorités pénales de 1<sup>ère</sup> instance compétentes en matière de répression des infractions fiscales (recherches douanières) pour les régions fédérées du Vorarlberg, du Tyrol, de Salzburg et de Haute Autriche dans les dossiers impliquant la douane,

dans la mesure où l'affaire relève de la compétence des autorités précitées et que les autorités compétentes en matière de répression des infractions fiscales soient également concernées.

7. En cas d'observation, le franchissement de la frontière sera communiqué immédiatement suivant article 40, paragraphe 2, première phrase de la CAS :

en République fédérale d'Allemagne :

- à la direction de la police judiciaire du Land de Bade-Wurtemberg à Stuttgart et à la direction de la police judiciaire de la Bavière à Munich,
- à la préfecture Sud chargée de la protection des frontières et
- aux directions fédérales pour la protection des frontières à Stuttgart et à Munich,

dans la mesure où les dossiers relèvent de la compétence des autorités précitées,

en République d'Autriche :

- aux directions de la sûreté pour les régions fédérées du Vorarlberg, du Tyrol, de Salzburg et de la Haute Autriche,

dans la mesure où les dossiers relèvent de la compétence des autorités précitées.

L'information suivant article 40, paragraphe 2, première phrase, alinéa a en liaison avec le paragraphe 5 de la CAS s'effectue immédiatement par les services spécifiés à la première phrase. La demande a posteriori visée à l'article 40, paragraphe 2, première phrase, alinéa b de la CAS est communiquée conformément aux points 4 à 6.

8. L'autorisation de l'observation transfrontalière s'étend au territoire national de l'État contractant donnant l'autorisation.

9. Une observation transfrontalière suivant article 40, paragraphe 2 de la CAS aux fins de poursuites pénales est également permise en cas de soupçon d'un fait punissable énoncé au paragraphe 7 de l'article 40 de la CAS, à condition qu'il s'agisse d'un fait punissable, pouvant donner lieu à extradition au regard du droit interne de l'État contractant requis.

10. Les modifications apportées aux compétences mentionnées aux points 4 à 8 sont communiquées à l'autre État contractant.

11. Si la personne observée est prise en flagrant délit de perpétration d'un fait punissable, pouvant donner lieu à extradition au regard du droit de l'État contractant sur le territoire duquel l'observation est poursuivie, les agents observateurs exerçant leurs activités sous la direction de l'État contractant requis peuvent arrêter la personne. Aux fins d'être conduite devant l'autorité compétente de l'État contractant requis, la personne arrêtée ne pourra subir qu'une seule fouille de sécurité. Des menottes pourront être utilisées pendant le transport. Les objets emportés par la personne poursuivie peuvent être provisoirement saisis jusqu'à l'arrivée des agents de l'autorité compétente de l'État contractant requis. La participation à un fait punissable constitue également une infraction pénale au sens de la première phrase.

12. Les moyens techniques nécessaires peuvent également être employés par les agents d'un État contractant sur le territoire national de l'autre État contractant, dans la mesure où ceux-ci sont autorisés par le droit interne de ce dernier et à condition que l'agent de l'État contractant menant l'affaire sur le territoire duquel les moyens techniques sont censés être employés ait dans le cas d'espèce approuvé leur utilisation. Les États contractants

s'informent mutuellement des moyens techniques emportés dans le cas d'espèce dont il est question.

13. L'entrée dans des domiciles et sur les lieux non accessibles au public est interdite. L'entrée sur les lieux de travail, dans des bureaux ou les magasins accessibles au public est autorisée pendant les heures normales de travail ou d'ouverture des bureaux ou des magasins.

#### *Article 12. Droit de poursuite*

(1) Les poursuites transfrontalières sont régies par l'article 41 de la CAS, complété par les dispositions énoncées ci-après:

1. Hormis les objets cités au paragraphe 1 de l'article 41 du CAS, les poursuites transfrontalières sont, dans le cadre du droit interne respectif des États contractants, également permises à l'endroit de personnes poursuivies pour avoir, à une distance de 150 kilomètres au maximum de la frontière, évité un contrôle destiné à rechercher des personnes soupçonnées d'avoir commis un fait punissable, pouvant donner lieu à extradition ou ayant été condamnées à une peine privative de liberté pour lesquelles une extradition semble permise.
2. Des poursuites peuvent également être effectuées dans l'espace aérien frontalier et dans les limites des eaux territoriales.
3. Les agents poursuivants exercent leur droit de poursuite pour les motifs spécifiés au point 1 et au paragraphe premier de l'article 41 du CAS sur le territoire de l'autre État contractant, sans limitation dans l'espace ni dans le temps, pour tous les faits punissables pouvant donner lieu à extradition, en disposant d'un droit d'interpellation suivant article 41, paragraphe 2, alinéa b de la CAS.
4. Le point 2 de l'article 11 est applicable par analogie.
5. L'entrée dans les domiciles et les lieux non accessibles au public est interdite. L'entrée sur les lieux de travail, dans des bureaux ou des magasins accessibles au public est autorisée pendant les heures normales de travail et d'ouverture des bureaux ou des magasins.

(2) En cas de poursuite transfrontalière, les autorités suivantes devront être informées en République fédérale d'Allemagne

- en Bade-Wurtemberg, l'inspection de la police chargée de la protection des eaux du lac de Constance et la direction de la police de Friedrichshafen, la préfecture Sud chargée de la protection des frontières, les directions chargées de protéger les frontières fédérales de Stuttgart et de Weil am Rhein,
- En Bavière, la direction de la police chargé de la protection des eaux/poste de police de Passau chargé de la protection des eaux (Danube), les directions de la police de Kempten à Allgäu, Weilheim, Rosenheim, Traunstein et Passau (Danube), la préfecture Sud chargée de la protection des frontières et le bureau fédéral chargé de la protection des frontières à Munich,
- ainsi que la direction de la police judiciaire des douanes,

dans la mesure où l'affaire relève de la compétence des autorités précitées et que la direction de la police judiciaire des douanes soit également concernée.

en République d'Autriche :

- les directions de la sûreté pour les régions fédérées du Vorarlberg, du Tyrol, de Salzburg et de la Haute Autriche,
- les autorités pénales de 1<sup>ère</sup> instance compétentes en matière de répression des infractions fiscales (recherches douanières) pour les régions fédérées du Vorarlberg, du Tyrol, de Salzburg et de Haute Autriche dans les dossiers impliquant la douane,

dans la mesure où l'affaire relève de la compétence des autorités précitées et que les autorités compétentes en matière de répression des infractions fiscales soient également concernées.

Les changements apportés à ces compétences seront communiqués par écrit à l'autre État contractant.

#### *Article 13. Livraison contrôlée*

(1) Sur demande, l'État contractant peut autoriser l'importation contrôlée sur son territoire, le transit contrôlé ou l'exportation contrôlée, en particulier en cas de trafic illicite de stupéfiants, d'armes, d'explosifs, de fausse monnaie, de marchandises volées ou recélées ainsi qu'en cas de blanchiment d'argent, si l'État contractant requérant démontre que sans cette mesure, l'identification des personnes tirant les ficelles ou des autres complices ayant participé à l'infraction serait vouée à l'échec ou risquerait d'être rendue beaucoup plus compliquée.

(2) L'autorisation s'étend à l'ensemble du territoire de l'État contractant requis. La livraison contrôlée est effectuée sur la base des dispositions du présent Traité et, si aucune règle n'est fixée dans le Traité, elle est régie par le droit interne de l'État contractant requis.

(3) La livraison contrôlée peut être interceptée moyennant accord entre les États contractants et la poursuite du transport autorisée de telle manière à ce qu'elle reste intacte, éliminée ou complètement ou partiellement remplacé. Si la marchandise fait courir un risque particulier aux personnes participant à la livraison ou pour la collectivité, l'État contractant requis peut être appelé à autoriser d'autres conditions ou peut les refuser.

(4) Sous réserve d'un accord suivant paragraphe 5, l'État contractant requis se charge du contrôle de la livraison lors du passage de la frontière ou à un point de transfert convenu pour éviter que le contrôle ne soit interrompu. Pendant le déroulement ultérieur de la livraison, il s'assure que celle-ci fait l'objet d'un contrôle de tous les instants effectué d'une manière telle qu'il ait à tout moment la possibilité d'appréhender les auteurs ou de saisir les marchandises. Les agents de l'État contractant requérant peuvent en accord avec l'État contractant requis accompagner la livraison contrôlée après en avoir pris possession conjointement avec les agents de l'État contractants requis.

(5) Par dérogation à la phrase 3 du paragraphe 4, les autorités compétentes des États contractants peuvent dans un cas d'espèce donné s'entendre pour que les agents de l'État contractant requérant exécutent la mesure sous la direction d'un agent présent de l'État con-

tractant requis sur le territoire de ce dernier, dans la mesure où au moment de l'introduction de la demande suivant paragraphe 1, certains faits laissent supposer que la livraison contrôlée aura lieu dans les 48 heures au plus tard qui suivent le passage entre le territoire de l'État contractant requis et celui de l'État contractant requérant, ou dans la mesure où l'État contractant requis déclare ne pas être à même de réaliser la mesure pour des motifs impérieux. Les faits et les motifs mentionnés à la première phrase doivent être indiqués dans la demande dont il est question au premier paragraphe. Les agents de l'État contractant requérant sont en tout cas tenus de respecter les dispositions du présent article et le droit de l'État contractant requis; ils ont pour obligation de suivre les instructions données par les agents de l'État contractant requis.

(6) Les demandes de livraisons contrôlées ayant commencé ou qui se poursuivent dans un État tiers ne seront autorisées que si le respect des conditions énoncées aux paragraphes 1 et 2 est garanti par l'État tiers.

(7) Les points 8 et de 11 à 13 de l'article 11 du présent Traité de même que les alinéas a à c, g et h du paragraphe 3 de l'article 40 de la CAS sont applicables par analogie.

(8) Les demandes d'importation contrôlée et de transit contrôlé seront adressées aux autorités stipulées aux points 3 et 4 de l'article 11. Les demandes d'exportation seront adressées aux autorités énoncées ci-après :

- en République fédérale d'Allemagne, au parquet dans l'arrondissement duquel le transport commence,
- en République d'Autriche, à l'organe central national ou, tout en informant simultanément l'organe central national, au parquet dans l'arrondissement duquel le transport commence.

#### *Article 14. Mesures policières secrètes de surveillance et d'enquête aux fins de poursuites pénales*

(1) Sur demande, l'État contractant requis peut autoriser des enquêtes sous couvert effectuées sur son territoire par des agents de l'État contractant requérant ayant, aux termes de la législation de ce dernier, le statut d'enquêteurs infiltrés si l'État contractant requérant démontre que sans cette mesure, l'élucidation des faits est vouée à l'échec ou rendu sérieusement compliqué. L'autorisation d'une demande approuvant la réalisation d'une enquête sous couvert s'étend à l'ensemble du territoire de l'État contractant requis.

(2) Les autres conditions applicables aux enquêtes sous couvert, et tout particulier les conditions dans lesquelles l'enquêteur infiltré est utilisé, sont basées sur le droit de l'État contractant requis. L'État contractant requis peut en outre fixer des critères d'utilisation des informations obtenues par le biais d'une enquête sous couvert. Les États contractants s'informent mutuellement au sujet des conditions applicables à la réalisation d'enquêtes sous couvert conformément à leur droit interne respectif.

(3) Les enquêtes sous couvert menées sur le territoire de l'État contractant requis se limitent à certaines interventions circonscrites dans le temps et qui doivent être précisées dans la demande visée au paragraphe 1. Si la demande lorsqu'elle est introduite permet de penser que les enquêtes sous couvert se dérouleront sur une période déterminée, ces enquêtes pourront être dans un premier temps autorisées pour une durée d'un mois maximum.



Une prolongation de l'autorisation liée à un changement apporté à l'autorisation initiale est permise. La durée probable des enquêtes sous couvert doit également être indiquée dans la demande visée à laquelle il est fait référence au paragraphe 1. Les autorités de l'État contractant requérant se concertent lors de la préparation de l'opération avec les autorités compétentes de l'État contractant requis.

(4) La direction de l'opération est subordonnée à un agent de l'État contractant requis; la responsabilité des actes commis par l'agent mandaté par l'État contractant requérant incombe à l'État contractant requis. L'État contractant requis peut exiger à tout moment qu'il soit mis fin aux enquêtes sous couvert.

(5) L'État contractant requis prend les mesures nécessaires destinées à appuyer l'État contractant requérant au plan humain, logistique et technique et à protéger les agents de ce dernier sur son territoire.

(6) Si en raison de l'urgence, une demande visée au paragraphe 1 ne peut être remise avant le franchissement de la frontière et s'il y a lieu de craindre sérieusement qu'à défaut d'enquêtes transfrontalières sous couvert, l'identité des agents utilisés risque d'être mise à jour, l'utilisation d'enquêteurs infiltrés sur le territoire de l'autre État contractant est autorisée à titre exceptionnel sans qu'il soit besoin d'une approbation préalable si, au demeurant, les conditions d'utilisation des enquêteurs infiltrés sur le territoire de l'autre État contractant sont réunies. L'utilisation doit être signalée immédiatement à l'autorité de l'autre État contractant spécifiée au paragraphe 9. Toute demande dans laquelle les motifs justifiant une utilisation sans accord préalable sont également exposés doit être envoyée a posteriori dans les plus brefs délais. L'activation de l'enquêteur infiltré doit se limiter dans ces cas-là à ce qui est nécessaire pour sauvegarder le nom de code.

(7) Les paragraphes 1 et 4 de l'article 8 s'appliquent par analogie.

(8) Pour sauvegarder l'opération, les moyens techniques requis doivent être emmenés, à moins que l'État contractant sur le territoire duquel l'enquête sous couvert est menée ne s'y oppose formellement. Pour le surplus, le point 12 de l'article 11 est applicable par analogie.

(9) La demande doit être adressée à l'organe central national ou, tout en informant en même temps l'organe central national, au parquet compétent de l'État contractant responsable d'ordonner ou d'approuver une enquête sous couvert si cette dernière devait être menée par les autorités de l'État contractant requis. Dans les cas où les enquêtes sous couvert sont censées se limiter en République fédérale d'Allemagne aux régions frontalières visées au paragraphe 2 de l'article 3, la demande doit en sus être adressée sous forme de copie aux directions régionales de la police judiciaire du Land de Bade-Wurtemberg et de la Bavière, tout en tenant simultanément informé l'organe central national.

(10) Les autorités compétentes de l'État contractant sur le territoire duquel l'opération a eu lieu seront immédiatement informées par écrit quant à son exécution et aux résultats de l'utilisation d'enquêteurs infiltrés.

(11) Les États contractants peuvent se mettre mutuellement à disposition des enquêteurs infiltrés exerçant leurs activités sous la direction de l'autorité compétente de l'autre État contractant.

*Article 15. Communication d'informations aux fins de poursuites pénales sans y être invité*

Les autorités des États contractants peuvent se communiquer mutuellement, au cas par cas et conformément à leur droit interne, des informations y compris des données à caractère personnel dans la mesure où il existe des indices indiquant la nécessité pour leur destinataire de connaître les informations aux fins de réprimer des actes punissables. Le destinataire est tenu de contrôler l'utilité des données transmises et de ne pas effacer ni détruire les données requises ni de les retransmettre à leur expéditeur; il s'abstiendra également de communiquer des informations inexactes à l'autorité émettrice.

PARTIE IV. FORMES PARTICULIÈRES DE COOPÉRATION AUX FINS DU MAINTIEN PAR LA POLICE DE LA SÉCURITÉ PUBLIQUE

*Article 16. Observation aux fins du maintien par la police de la sécurité publique*

(1) Dans les limites du droit interne en application sur le territoire des États contractants, l'observation transfrontalière aux fins de prévenir des faits répréhensibles, pouvant donner lieu à extradition est à titre exceptionnel autorisée :

1. si, moyennant accord préalable, l'autorité compétente de l'État contractant sur le territoire duquel s'étend l'observation déclare être dans l'impossibilité d'exécuter la mesure,
2. en l'absence d'accord préalable, en cas d'urgence impérieuse.

L'observation est autorisée dans la mesure seulement où une demande n'a pas été introduite dans le cadre d'une procédure d'enquête et où le but de l'observation ne peut être atteint par l'adoption d'un acte judiciaire par les organes de l'autre État contractant ni par la création de groupes d'observation communs. Les agents observateurs sont subordonnés à la direction de l'État contractant sur le territoire duquel l'observation est censée se dérouler.

(2) Pour les observations visées au paragraphe 1, les dispositions énoncées ci-après sont d'application:

- article 40, paragraphe 2 de la CAS à l'exception du renvoi restrictif au paragraphe 7 de l'article 40 de la CAS,
- article 40, paragraphe 3, alinéas a à d et g de la CAS,
- article 40, paragraphe 4 de la CAS,
- article 11, points 8 et de 11 à 13.

(3) Les demandes visées au paragraphe 1 et les communications suivant paragraphe 2 seront adressées :

en République fédérale d'Allemagne :

- à la direction régionale de la police judiciaire du Land de Bade-Wurtemberg à Stuttgart et à la direction régionale bavaroise de la police judiciaire à Munich,
- aux autres autorités policières de la région,
- à la préfecture Sud chargée de la protection des frontières et aux bureaux fédéraux de la protection des frontières à Stuttgart, Munich et Weil am Rhein,

dans la mesure où les autorités précitées sont compétentes sur le plan régional et matériel,

en République d'Autriche :

- à la direction de la sûreté compétente.

Les phrases 1, 3 et 4 du paragraphe 3 de l'article 7 sont applicables par analogie.

*Article 17. Poursuite aux fins du maintien par la police de la sécurité publique*

(1) Dans le cadre du droit interne applicable sur le territoire des États contractants, les poursuites au travers des frontières de personnes, tentant de se soustraire à un contrôle frontalier visé au paragraphe 2 de l'article 2 de la CAS, sont autorisées.

(2) Une poursuite est en outre autorisée dans la mesure où une personne se soustrait à un contrôle policier ou douanier effectué à une distance de 150 kilomètres au maximum de la frontière et à condition que des points d'arrêt clairs n'aient pas été respectés et que cette soustraction mette en péril la sécurité publique.

(3) Les agents poursuivants doivent prendre contact avec le service compétent de l'autre État contractant si possible avant que la frontière ne soit franchie. La poursuite doit être interrompue si l'interruption est ordonnée par l'autorité compétente de l'État d'accueil ou si la poursuite de la mesure conduit concrètement à mettre en danger, la vie et l'intégrité physique ou la santé de la personne poursuivie ou de tiers et si cette poursuite est manifestement disproportionnée par rapport au risque que l'on cherche à prévenir.

(4) Pour de telles poursuites, les dispositions énoncées ci-après sont d'application:

- article 41, paragraphe 1 de la CAS,
- article 41, paragraphe 2, alinéa b de la CAS,
- article 41, paragraphe 3, alinéa b de la CAS,
- article 41, paragraphe 5, alinéas a et de c à g de la CAS,
- article 11, point 11,
- article 2, paragraphe 1, point 2,
- article 12, paragraphe 2.

*Article 18. Mesures policières secrètes de surveillance et d'enquête aux fins du maintien par la police de la sécurité publique*

(1) Pour autant que le droit interne n'en dispose pas autrement, des enquêtes opérées sous le couvert et destinées à prévenir des faits punissables, prémédités, d'une gravité exceptionnelle, pouvant donner lieu à extradition et à des poursuites, ne résultant pas seulement d'une demande, et commis sur le territoire de l'autre État contractant, peuvent être menées si cet État a autorisé l'enquête sous couvert sur la base d'une demande faite antérieurement.

(2) L'article 14, paragraphes 1 à 6, 8, 10 et 11 ainsi que l'article 16, paragraphe 3 sont applicables par analogie à condition que l'organe central national soit immédiatement avisé.

*Article 19. Formes particulières d'intervention aux fins du maintien par la police de la sécurité publique*

Aux fins d'intensifier la coopération, les autorités compétentes des États contractants peuvent constituer des patrouilles communes, des groupes de contrôle, d'évaluation et d'observation composés en commun, ainsi que d'autres formes d'intervention communes aux fins du maintien par la police de la sécurité publique dans lesquels les agents d'un État contractant collaborent dans les opérations effectuées sur le territoire de l'autre État contractant. Les pouvoirs souverains ne peuvent en outre être exercés que sous la direction et en règle générale en présence des agents de l'État d'accueil. Les phrases 2 et 3 du paragraphe 4 de l'article 6 sont applicables par analogie.

*Article 20. Échange d'informations aux fins du maintien de l'ordre public par la police*

Les autorités policières compétentes des États contractants peuvent se communiquer mutuellement, au cas par cas, sans y être invitées et conformément à leur droit interne, des informations y compris des données à caractère personnel dans la mesure où il existe des indices indiquant la nécessité pour leur destinataire de connaître les informations aux fins de réprimer les menaces pour la sécurité publique ou l'ordre public. La phrase 2 de l'article 15 est applicable par analogie.

*Article 21. Maintien par la police de la sécurité publique au travers des frontières*

(1) Les agents des autorités policières d'un État contractant (ci-après les " agents intervenants ") peuvent, en cas de besoin nécessité par l'urgence, et sans y être préalablement autorisés par l'autre État contractant, traverser la frontière commune pour prendre des mesures provisoires dans la zone contiguë à la frontière située sur le territoire de l'autre État contractant, conformes au droit interne de ce dernier et nécessitées par une menace actuelle mettant en péril la vie ou l'intégrité physique d'autrui.

(2) Il y a nécessité par l'urgence au sens du paragraphe 1 si, dans l'attente d'une intervention des agents de l'autre État contractant ou d'une autorisation au sens du paragraphe 2 de l'article 6, la menace risque entre-temps de se réaliser.

(3) Les agents intervenants doivent informer sur-le-champ l'autre État contractant. L'autre État contractant doit prendre sans tarder les mesures nécessaires destinées à pallier la menace et à prendre la situation en main. Les agents intervenants mettront fin à l'opération menée sur le territoire de l'autre État contractant dès l'instant où ce dernier aura pris les mesures nécessaires au maintien de la sécurité publique. Les agents intervenants sont tenus de se soumettre aux instructions données par l'autre État contractant.

(4) Les États contractants désigneront dans une convention spéciale les services visés au paragraphe 3 qui doivent être informés immédiatement. Les agents intervenants sont tenus de respecter les dispositions du présent article et celles de la législation de l'État contractant sur le territoire duquel ils effectuent leur mission.

(5) La responsabilité des mesures prises par les agents intervenants incombe à l'autre État contractant.

*Article 22. Assistance en cas d'événements d'une ampleur considérable, de catastrophes et d'accidents graves*

Les autorités compétentes des deux États contractants se prêtent mutuellement assistance dans les limites permises par le droit interne en cas de manifestations de masse et d'autres événements semblables d'une ampleur considérable, de catastrophes et d'accidents graves en

1. s'informant mutuellement dans les plus brefs délais possibles des événements pouvant avoir des répercussions et des conséquences au-delà de la frontière,
2. prenant et en coordonnant les mesures policières requises sur leur territoire dans des situations pouvant avoir des répercussions au-delà de la frontière,
3. prêtant son aide à la demande de l'État contractant sur le territoire duquel l'événement s'est produit, si possible en envoyant des spécialistes et des conseillers ainsi qu'en mettant à disposition des équipements.

Par ailleurs, il n'est pas dérogé ici à la Convention du 23 décembre 1988 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche relative à l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves ni à l'Accord ayant fait suite à l'échange de notes des 1er juillet et 3 août 1993 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Autriche relatif aux questions d'intérêt commun dans le domaine de la sécurité technique des centrales nucléaires et de la protection contre les rayonnements.

*Article 23. Création de points de contrôle en fonction des besoins*

(1) Un point de contrôle peut être créé en fonction des besoins sur le territoire national de l'autre État contractant dans la mesure où :

1. il n'y a aucune localité appropriée disponible sur son territoire,
2. cette création est nécessaire pour effectuer un contrôle frontalier comme mentionné au paragraphe 2 de l'article 2 de la CAS et à condition que
3. l'autorité compétente de l'autre État contractant ait approuvé la création au cas par cas.

(2) Le point de contrôle doit si possible se trouver à proximité de la frontière et ne peut être éloigné de plus de cinq kilomètres de la ligne frontière.

(3) L'autorisation visée au paragraphe 1 peut être assortie de conditions. La mesure doit être suspendue définitivement à la demande du service compétent de l'État d'accueil.

(4) Le contrôle frontalier est effectué exclusivement selon le droit et par les agents de l'État contractant ayant ordonné le contrôle visé au paragraphe 2 de l'article 2 de la CAS. Des agents des deux États contractants doivent cependant être présents au poste de contrôle.

(5) Les services compétents des États contractants établissent des listes des localités adéquates situées sur leur territoire susceptibles d'accueillir des postes de contrôle, échangent leurs listes et s'informent mutuellement dès que des changements leur sont apportés.

(6) Pour le surplus, le paragraphe 1 de l'article 1, les paragraphes 5 et 7 de l'article 4, l'article 5, le paragraphe 2 de l'article 6, l'article 7, l'article 9, le paragraphe 1 de l'article 10, le paragraphe 1 de l'article 12, le paragraphe 1, le paragraphe 2 première phrase et les paragraphes 3 et 4 de l'article 13, l'article 14, l'article 19 et l'article 20 de l'Accord du 14 septembre 1955 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche en vue de faciliter le contrôle frontalier de la circulation par chemin de fer, route et bateau, modifié par accords des 21 janvier 1975, 16 septembre 1977 et 30 juillet 1990 portant amendement de l'Accord du 14 septembre 1955 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche visant à faciliter le contrôle frontalier de la circulation par chemin de fer, route et bateau sont applicables par analogie.

## PARTIE V. DISPOSITIONS GÉNÉRALES EN MATIÈRE DE COOPÉRATION

### *Article 24. Centres communs*

(1) Les États contractants peuvent créer des centres communs servant à échanger des informations et à soutenir leurs autorités.

(2) Ces centres communs abritent des agents des autorités des deux États contractants qui coopèrent dans l'espace dans les limites de leurs compétences directes en vue d'échanger, d'analyser et de relayer des informations dans des affaires relevant du champ de compétence des autorités des régions frontalières mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3 et apportent leur concours dans le cadre du présent Traité à la coordination en matière de coopération transfrontalière. Les articles 7, 15 et 20 s'appliquent au transfert des données à caractère personnel.

(3) Cette fonction d'appui peut également comprendre la préparation du rapatriement et la participation au rapatriement de ressortissants d'un État tiers sur la base des conventions en vigueur entre les États participants.

(4) L'exécution des opérations sur le terrain de manière autonome n'incombe pas aux centres communs. Les agents des centres communs sont tenus de suivre les instructions de leurs autorités nationales respectives et sont subordonnés au pouvoir disciplinaire de celles-ci.

(5) Dans les centres communs, les agents peuvent également exercer des activités non opérationnelles découlant des paragraphes 1 à 3, notamment des tâches de relations publiques, de formation et de perfectionnement pour les autorités qui les ont détachés, et ce pour autant que ces tâches et ces actions n'empiètent pas sur les droits d'autrui.

(6) Le nombre et le lieu des centres communs, de même que les détails de la coopération et la répartition égale des frais seront déterminés dans des conventions séparées.

(7) Les autorités d'un État contractant peuvent participer aux centres communs exploités par l'autre État contractant avec un État voisin commun si ceux-ci approuvent une telle participation. Les détails de la coopération et la répartition des frais seront réglés entre tous les États participants.

*Article 25. Intervention d'aéronefs et d'embarcations à moteur*

(1) Des aéronefs et des embarcations à moteur peuvent dans le cadre du présent Traité être utilisés dans les opérations transfrontalières.

(2) En cas d'opération transfrontalière suivant paragraphe 1, l'obligation d'établir un plan de vol conforme aux règles de vol à vue de jour est suspendue. Les vols réalisés conformément aux règles de vol aux instruments ne peuvent s'effectuer que dans l'espace aérien contrôlé. Ils seront contrôlés par le service responsable chargé de contrôler le trafic aérien. À cet effet, les données concernant le plan de vol seront transmises avant le début du vol au service responsable chargé de contrôler le trafic aérien. Il ira de même pour les vols effectués selon les règles de vol à vue de nuit.

(3) Les vols d'intervention suivant paragraphe 1 sont soumis, à moins que le paragraphe 2 n'en dispose autrement, à la réglementation régissant le trafic aérien respectivement en vigueur dans les États contractants. Dans le cadre de l'exécution de missions couvertes par le présent Traité, les aéronefs peuvent également décoller et atterrir en dehors des aérodomes, dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour remplir les missions tout en tenant compte de la tranquillité, de la sécurité et de l'ordre publics.

(4) les aéronefs doivent être immatriculés dans l'État de provenance en fonction du type d'opération.

(5) En cas d'opérations avec des embarcations à moteur, les agents sont libérés des réglementations applicables à la navigation fluviale dans les mêmes conditions que les agents des autorités policières de l'État contractant sur le territoire duquel ils sont en opération. Les embarcations à moteur engagées dans une opération sont autorisées à porter la désignation des embarcations des autorités de contrôle. Les agents sont également autorisés à donner des instructions, à l'exception d'instructions à caractère nautique, dans la mesure où ces instructions sont requises de manière impérieuse pour remplir les missions spécifiées au paragraphe 1 et à condition que la sécurité de la navigation et des personnes ne soit pas compromise.

*Article 26. Protection des données*

(1) La protection des données sera assurée conformément aux articles 126 à 130 de la CAS et, dans la mesure où ces articles ne comporte pas de règles, conformément à la Convention d'entraide en matière pénale entre les États membres de l'Union européenne dans son domaine d'application. Cela vaut également pour les données à caractère personnel ayant été recueillies à l'occasion d'une activité transfrontalière exercée sur le territoire national de l'autre État contractant. Il y a lieu en outre de respecter les conditions particulières posées par l'État contractant requis dans le cadre de la mesure transfrontalière.

(2) Les agents intervenant sur le territoire national de l'autre État contractant ne peuvent accéder aux données à caractère personnel enregistrées dans des bases de données officielles que sous la direction d'un des agents de l'État contractant.

*Article 27. Pouvoirs et statut juridique des agents de l'autre État contractant*

(1) Pour autant que le présent Traité n'en dispose pas autrement, les agents de l'un des États contractants séjournant sur le territoire national de l'autre État contractant dans le cadre de la coopération basée sur le présent Traité ne possèdent sur ce territoire aucun pouvoir souverain. Ils sont en outre soumis au droit de l'autre État contractant quel que soit le type d'intervention. Il n'est pas dérogé ici à l'article 23.

(2) Les agents d'un des États contractants, détachés en vertu du présent Traité, dans un service de l'autre État contractant sont, au sens des articles 47 ou 125 de la CAS, des agents de liaison. Pour autant que le présent Traité n'en dispose pas autrement, leur statut est fondé sur le paragraphe 3 de l'article 47 ou le paragraphe 3 de l'article 125 de la CAS.

(3) Les agents d'un État contractant séjournant sur le territoire national de l'autre État contractant dans le cadre de la coopération basée sur le présent Traité peuvent porter leur uniforme national sur ce territoire. Ils peuvent emporter leur arme de service, leurs moyens coercitifs et autres équipements. Les armes de service ne peuvent être employées qu'en cas de légitime défense ou pour porter secours à autrui, dans la mesure où l'agent de l'État contractant menant l'affaire sur le territoire duquel l'intervention a lieu n'a pas expressément autorisé en l'espèce et conformément au droit interne l'emploi d'armes de service. Aucune autorisation ne doit être délivrée dans les cas visés aux articles 11, 12, 16 et 17. Les services compétents s'informent mutuellement au sujet des armes de service et des moyens de coercition autorisés.

(4) Si des agents d'un État contractant utilisent des véhicules automobiles, des embarcations à moteur ou des aéronefs pour mettre en application des mesures prévues dans le présent Traité sur le territoire national de l'autre État contractant, ils sont soumis aux mêmes règles de circulation que celles applicables aux agents de l'autre État contractant. Nonobstant la disposition énoncée à la deuxième phrase du paragraphe premier de l'article 29, ce paragraphe s'applique notamment au recours à des droits spéciaux ou à des droits de passage. Les États contractants s'informent mutuellement quant à la législation en vigueur dans ce domaine.

*Article 28. Statut juridique des agents en matière de droit pénal*

Les agents exerçant des activités dans le cadre du présent Traité sur le territoire national de l'autre État contractant sont placés sur un même pied d'égalité que les agents de l'autre État contractant en ce qui concerne les délits qu'ils commettent ou qui sont commis à leur rencontre.

*Article 29. Franchissements des frontières*

(1) Dans la mesure où les conditions de circulation l'exigent, les agents d'un État contractant peuvent emprunter le territoire de l'autre État contractant pour des raisons prévues dans le présent Traité afin de rejoindre leur propre territoire national par l'itinéraire le plus court possible. En cas de nécessité absolue, ils peuvent également faire appel à titre exceptionnel à des droits spéciaux ou à des droits de passage. Dans les cas visés à la phrase 2, les autorités compétentes de l'État contractant dans lequel il est fait appel aux droits spéciaux



ou aux droits de passage seront informés dans les plus brefs délais. Sont applicables aux passages des frontières, l'article 6, le paragraphe 1 de l'article 7 et les articles 9 à 11 du Traité du 21 décembre 1993 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche relatif au transit des agents de la force publique et au transport de prisonniers sous réserve que le territoire national de l'autre État contractant puisse être emprunté en dehors également des itinéraires de transit fixés par l'Accord mentionné à l'article 3, paragraphe premier du Traité.

(2) Pour les mesures qu'ils exécutent conformément au droit interne sur les trajets situés sur leur propre territoire national de trains de voyageurs ou de bateaux de passagers transfrontaliers, les agents d'un État contractant peuvent déjà embarquer sur le territoire national de l'autre État contractant ou y débarquer à l'achèvement des mesures. Si une mesure de contrôle commencée sur son propre territoire conformément au droit interne et notamment si le contrôle d'une personne ou d'une chose ne peut être achevée sur le territoire frontalier visé à la deuxième phrase du paragraphe 2 de l'article 3, et qu'il y a lieu de s'attendre, si elle n'est pas achevée, à ce que l'objet de la mesure ne puisse être atteint, cette mesure pourra être poursuivie sur le territoire national de l'autre État contractant aussi longtemps que cela s'avérera absolument nécessaire pour la terminer. Dans la mesure où d'autres mesures deviendraient nécessaires, il ne serait pas dérogé dans cet article aux dispositions applicables à cet égard. Pour le surplus, il n'est pas dérogé ici aux dispositions de l'Accord du 14 septembre 1955 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche en vue de faciliter le contrôle frontalier de la circulation par chemin de fer, route et bateau, modifié par accords des 21 janvier 1975, 16 septembre 1977 et 30 juillet 1990 portant amendement de l'Accord du 14 septembre 1955 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche visant à faciliter le contrôle frontalier de la circulation par chemin de fer, route et bateau.

#### *Article 30. Remise de personnes à la frontière*

(1) La remise de personnes à la frontière entre les États contractants peut avoir lieu également dans des localités appropriées situées à proximité de la frontière ou dans des aéroports si les autorités compétentes de l'État contractant sur le territoire duquel la remise doit avoir lieu autorisent cette remise au cas par cas. La remise aura lieu dans des endroits disposant des aménagements adéquats garantissant une remise exempte de danger.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 6 et des articles 9 à 13 du Traité du 21 décembre 1993 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche relatif au transit des agents de la force publique et au transport de prisonniers sont applicables par analogie au transport de personnes depuis la frontière jusqu'au lieu de la remise dans l'autre État contractant ou depuis l'endroit de la remise dans l'autre État contractant jusqu'à la frontière.

(3) Les autorités compétentes des États contractants établissent des listes des localités adéquates et des aménagements appropriés situés sur leur territoire pour la remise de personnes, échangent leurs listes et s'informent mutuellement dès que des changements leur sont apportés. Le procès-verbal d'exécution de l'Accord du 16 décembre 1997 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche relatif à la réadmission des personnes à la frontière reste inchangé.

*Article 31. Clause d'assistance, rapports entre services*

(1) Les États contractants ont des obligations à l'égard des agents détachés par l'autre État contractant identiques à celles contractées vis-à-vis de leurs propres agents.

(2) Les agents de l'autre État contractant restent soumis à la législation applicable dans leur propre État sous l'angle du service et plus particulièrement au regard du droit disciplinaire et en matière de responsabilité.

*Article 32. Dispositions en matière de responsabilité*

(1) Si les agents d'un État contractant exercent des activités dans le cadre d'une mesure visée aux articles 13 et 14 du présent Traité ou d'un groupe d'enquête commun conformément à la décision-cadre du Conseil de l'Union européenne du 13 juin 2002 relative aux groupes d'enquête communs sur le territoire de l'autre État contractant, l'État contractant dont les agents ont occasionné un dommage sur le territoire de l'autre État contractant est, conformément au droit interne de l'État contractant sur le territoire duquel le dommage a été causé, civilement responsable du dommage occasionné par ses agents.

(2) L'État contractant sur le territoire duquel le dommage évoqué au paragraphe premier a été causé répare ledit dommage comme il aurait dû le réparer s'il l'avait provoqué lui-même.

(3) L'État contractant dont l'agent a causé un dommage sur le territoire de l'autre État contractant rembourse à l'autre État contractant la totalité des réparations ayant été versées par ce dernier aux personnes lésées ou aux ayants droit de ceux-ci.

(4) Nonobstant l'exercice de ses droits vis-à-vis des tiers et à l'exception du paragraphe 3, chaque État contractant renonce dans le cas évoqué au paragraphe 1 à se prévaloir du montant du dommage subi vis-à-vis de l'autre État contractant.

(5) En matière de réparation des dommages occasionnés au cours d'une mesure effectuée dans le cadre du présent traité par les agents de l'un des États contractants sur le territoire national de l'autre État contractant, c'est l'article 43 de la CAS qui est d'application.

*Article 33. Clause dérogatoire*

Si un État contractant considère opportun de satisfaire à une demande ou d'exécuter ou de tolérer une mesure fondée sur le présent Traité susceptible de porter atteinte à ses droits souverains, de mettre en péril sa propre sécurité ou de compromettre d'autres intérêts importants ou d'enfreindre le droit interne, cet État contractant peut refuser en tout ou en partie de coopérer tout en tenant compte de ses autres obligations internationales en matière de coopération ou de les subordonner à des conditions particulières.

PARTIE VI. DISPOSITIONS EXÉCUTOIRES ET FINALES

*Article 34. Conventions en matière d'application*

En se basant sur le présent Traité et dans le cadre du présent Traité, les services compétents des États contractants peuvent s'entendre sur les dispositions administratives à prendre en matière d'exécution.

*Article 35. Contrôle de la mise en application du Traité et améliorations apportées au Traité*

Sur demande d'un État contractant, un groupe de travail commun composé de représentants des États contractants contrôlera la mise en application du présent Traité et prendra acte des compléments ou des améliorations devant y être apportés.

*Article 36. Frais*

Chaque État contractant supporte les frais encourus par ses autorités suite à l'application du présent Traité, dans la mesure où les autorités compétentes n'ont rien convenu d'autre en l'espèce, et plus particulièrement en cas de mises à dispositions au sens de l'article 6, ou lorsque ces frais ne résultent pas de mesures visées à l'article 22. En ce qui concerne le dernier cas cité, ce sont les dispositions de la Convention du 23 décembre 1988 entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Autriche relative à l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves qui sont d'application.

*Article 37. Implication de l'administration douanière*

Dans la mesure où elles effectuent des missions se rapportant à des infractions allant à l'encontre d'interdictions et de restrictions en matière de trafic transfrontalier des marchandises, les administrations douanières des États contractants sont, dans le cadre du présent Traité, placées sur un même pied d'égalité que les autorités policières des États contractants au sens du paragraphe 1 de l'article 3.

Les agents compétents sont :

en République fédérale d'Allemagne :

- les agents de l'administration des douanes désignés en tant que fonctionnaire auxiliaires du parquet,

en République d'Autriche :

- les agents attachés au service des fraudes douanières.

*Article 38. Entrée en vigueur, dénonciation*

(1) Le présent Traité est soumis à ratification. Le traité entre en vigueur le premier du troisième mois qui suit celui dans lequel les instruments de ratification ont été échangés. L'entrée en vigueur du présent Traité rend caduc l'Accord du 16 décembre 1997 entre le

Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche concernant la coopération des autorités policières et des administrations douanières dans la région frontalière.

(2) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par écrit par l'un ou l'autre État contractant par la voie diplomatique et cessera d'être en vigueur six mois après la réception de la dénonciation.

(3) L'Allemagne se chargera de faire enregistrer le Traité auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies conformément à l'article 102 de la Charte de l'Organisation des Nations Unies.

Fait à Berlin le \_\_\_\_\_, en deux exemplaires originaux rédigés en langue allemande.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

JURGEN CHROBOG

OTTO SCHILY

BRIGITTE ZYPRIES

Pour la République d'Autriche :

ERNST STRASSER

DIETER BÖHMDORFER